

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus

Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon +41 32 627 20 79

pd@sk.so.ch

EINLADUNG

an die Mitglieder des Solothurner Kantonsrates

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Einvernehmen mit dem Regierungsrat lade ich Sie ein zur

Januar-Session

Dienstag, 28. Januar 2025,	8.30 bis 12.30 Uhr
Mittwoch, 29. Januar 2025,	8.30 bis 12.30 Uhr
Mittwoch, 29. Januar 2025,	13.30 bis 17.00 Uhr

in den Kantonsratssal in Solothurn.

Solothurn, 15. Januar 2025

Mit freundlichen Grüssen
Kantonsratspräsident
Roberto Conti

Hinweise

- Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte (grau unterlegt = spruchreif) S. 2
- Hängige Parlamentarische Vorstösse (grau unterlegt = spruchreif) S. 5
- Mitteilungen S. 53
- Liste der Mitglieder der Ratsleitung und der Mitglieder der Kommissionen S. 54

Präsident: Telefon: 079 519 36 38

Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte

KRG-Nr.	Geschäft	(zust. Dept.)
I. Wahlprüfungen und Vereidigungen		
II. Wahlen		
WG 168/2024	Wahl einer Oberrichterin oder eines Oberrichters für den Rest der Amtsperiode 2021-2025	(KR)
WG 003/2025	Erneuerungswahl der Chefin der Kantonalen Finanzkontrolle für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 004/2025	Erneuerungswahl der Beauftragten für Information und Datenschutz für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 005/2025	Erneuerungswahl des Ratssekretärs für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 006/2025	Erneuerungswahl von fünf Oberrichterinnen und fünf Oberrichtern für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 007/2025	Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Obergerichts für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 008/2025	Erneuerungswahl von fünf Ersatzrichterinnen des Obergerichts, von zwei Ersatzrichtern des Verwaltungsgerichts und von zwei Ersatzrichterinnen des Versicherungsgerichts für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 009/2025	Erneuerungswahl eines Mitglieds und eines Ersatzmitglieds der Gerichtsverwaltungskommission für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 010/2025	Erneuerungswahl von fünf Mitgliedern und fünf Ersatzmitgliedern des Steuergerichts für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 011/2025	Erneuerungswahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Steuergerichts für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 012/2025	Erneuerungswahl von fünf Mitgliedern und fünf Ersatzmitgliedern des Jugendgerichts für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 013/2025	Erneuerungswahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Jugendgerichts für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 014/2025	Erneuerungswahl des leitenden Haftrichters und von einer Haftrichter-Stellvertreterin und eines Haftrichter-Stellvertreters für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 015/2025	Erneuerungswahl von drei Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern der Kantonalen Schätzungskommission für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 016/2025	Erneuerungswahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Kantonalen Schätzungskommission für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 017/2025	Erneuerungswahl von fünf Mitgliedern und elf Ersatzmitgliedern der Schiedsgerichte in den Sozialversicherungen für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 018/2025	Erneuerungswahl des Oberstaatsanwalts für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)

WG 019/2025	Erneuerungswahl einer Stv.-Oberstaatsanwältin für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 020/2025	Erneuerungswahl von 12 Staatsanwältinnen und 15 Staatsanwälten für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 021/2025	Erneuerungswahl der leitenden Jugendanwältin für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 022/2025	Erneuerungswahl von einer Jugendanwältin und eines Jugendanwaltes für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)

III. Sachgeschäfte, Beschlüsse

SGB 164/2024	Raumbedürfnisse des Heilpädagogischen Schulzentrums Olten; Bewilligung der jährlich wiederkehrenden Ausgaben zum Abschluss eines Mietvertrages im Neubau der Arkadis	(BJD)
SGB 167/2024	Entlastungs- und Vereinfachungsprogramm für die Raumplanung: Bericht	(BJD)
SGB 231/2024	Raumbedürfnisse der Polizei Kanton Solothurn, Polizeigarage in Oensingen; Bewilligung der jährlich wiederkehrenden Ausgaben zum Abschluss eines Mietvertrages	(BJD)
SGB 235/2024	Bewilligung eines Zusatzkredites zum Verpflichtungskredit der Globalbudgetperiode 2024 bis 2026 «Energie und Klima»	(VWD)
SGB 245/2024	Kantonsschule Solothurn; Standort- und Variantenentscheid	

IV. Rechtsetzungsgeschäfte

RG 188/2024	Änderung des Sozialgesetzes (SG); familienergänzende Kinderbetreuung	(DDI)
RG 220/2024	Gesetz über die Auslagerung von Informatikdienstleistungen (Auslagerungsgesetz, AusG)	(FD)
RG 237/2024	Teilrevision Wirtschafts- und Arbeitsgesetz (WAG)	(VWD)

V. Verordnungsvetos, Vernehmlassungen

VI. Volksaufträge

VA 108/2024 (FD)

Volksauftrag «Steuerliche Entlastung der Alleinstehenden und Verwitweten mit kleinem und mittlerem Einkommen»

Der Kantonsrat von Solothurn wird beauftragt, die übermässige steuerliche Mehrbelastung von Alleinstehenden und Verwitweten mit kleinem und mittlerem Einkommen gegenüber den Verheirateten spätestens auf Beginn der Steuerperiode 2026 in angemessener Art und Weise zu beseitigen.

Begründung (21.06.2024): schriftlich.

Unterschriften: Ruedi Fasnacht; insgesamt 133 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

VA 157/2024 (STK)

Volksauftrag «Politische Rechte für Menschen mit geistiger Behinderung»

Das Gesetz über die politischen Rechte (GpR; BGS 113.111; § 3, 4) ist wie folgt anzupassen:

§ 3 I. Begriff 1 Stimmfähig sind Schweizerinnen und Schweizer, die das 18. Altersjahr vollendet haben. ~~und von der Stimmfähigkeit nicht ausgeschlossen sind.~~

§ 4 Aufgehoben

Begründung (05.07.2024): schriftlich.

Unterschriften: 1. Lukas P. Spichiger; insgesamt 100 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 04.11.2024 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 5.12.2024 (schriftlich)

VA 202/2024 (FD)

Volksauftrag «Verantwortung übernehmen – Beitrag leisten!»

Der Kantonsrat des Kantons Solothurn wird aufgefordert, den Artikel 3 «Besoldungen und Zulagen der Mitglieder des Regierungsrates», Absatz 10 «Besoldungen a) des Regierungsrates» der «Verordnung über die Besoldungen und die Arbeitszeit des Staatspersonals und der Lehrkräfte an kantonalen Schulen» (126.51.1) wie folgt anzupassen:

Aktueller Text: Die Grundbesoldung der Mitglieder des Regierungsrates beträgt 208'252 Franken.

Neuer Text: Die Grundbesoldung der Mitglieder des Regierungsrates beträgt 158'252 Franken.

Begründung (26.09.2024): schriftlich

Unterschriften: 1. Lukas Wilhelm; insgesamt 104 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

VA 0238/2024 (DBK)

Volksauftrag «für den Erhalt der Schule für Mode und Gestalten»

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Schule für Mode und Gestalten (SMG) als kantonale Lehrwerkstätte zu erhalten.

Begründung 09.12.2024: schriftlich

Unterschriften: 1. Franziska Aletti-Schmid; insgesamt 1749 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

VA 0254/2024 (VWD)

Volksauftrag «für eine nachhaltige Industriepolitik»

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf zu einer Standesinitiative mit folgendem Inhalt vorzulegen:

Der Bund setzt sich ein für eine nationale Industriepolitik, die eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ermöglicht, um den Werkplatz Schweiz namentlich im Bereich der produzierenden Industrie (Sektor 2) langfristig zu erhalten.

Begründung 18.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Andri Meyer; insgesamt 245 beglaubigte Unterschriften

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

VII. Planungsbeschlüsse

VIII. Parlamentarische Initiativen

IX. Aufträge

A 198/2023 (DBK)

Auftrag Nicole Hirt (glp, Grenchen): Religionsunterricht an Solothurner Volksschulen - Trennung von Kirche und Staat (13.09.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, damit das Fach Religion analog der dem Bildungsraum Nordwestschweiz angegliederten Kantone (BS, BL und AG) ausgestaltet werden kann.

Begründung 13.09.2023: schriftlich

Unterschriften: 1. Nicole Hirt, 2. Christian Ginsig, 3. Thomas Lüthi, Melina Aletti, Markus Ammann, Samuel Beer, Janine Eggs, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Daniel Probst, Markus Spielmann, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Jonas Walther, Sabrina Weisskopf, Marianne Wyss, Hansueli Wyss (20)

Stellungnahme RR: 9.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 230/2023 (DBK)

Auftrag Fraktion SP/Junge SP: Tagesbetreuungs-Angebote für Kinder mit Behinderungen und Entlastungstage für Kinder mit schweren Behinderungen beibehalten (07.11.2023)

Der Regierungsrat wird gebeten, rechtliche Grundlagen zu erarbeiten, die es ermöglichen, dass

- die ausserschulische Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung an den Heilpädagogischen Schulzentren im Kanton Solothurn
- und Entlastungstage für Kinder mit schweren Behinderungen in den Einrichtungen im Kanton Solothurn

beibehalten werden können.

Begründung 07.11.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Hardy Jäggi, 2. Franziska Rohner, 3. Luzia Stocker, Melina Aletti, Matthias Andereg, Richard Aschberger, Remo Bill, Matthias Borner, Simon Bürki, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, David Gerke, Christian Ginsig, Walter Gurtner, Philipp Heri, Nicole Hirt, Urs Huber, Stefan Hug, Rolf Jeggli, Karin Kissling, Michael Kumml, Thomas Marbet, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Farah Rummy, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Thomas Studer, Susan von Sury-Thomas, Marianne Wyss, André Wyss, Nicole Wyss (42)

Stellungnahme RR: 02.09.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 272/2023 (BJD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Ballsporthalle Region Solothurn für Berufsschule und Vereine (20.12.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Planung für den Bau von Ballsporthallenkapazitäten für die Berufsschule BBZ Solothurn und Vereine in der Region Solothurn zusammen mit der Stadt Solothurn voranzutreiben und dem Kantonsrat ein entsprechendes Hochbauprojekt zur Verabschiedung vorzulegen. Das Vorhaben soll auch unabhängig vom Projekt der Erneuerung der Kantonsschule Solothurn umgesetzt werden können. Falls der Standortentscheid Kantonsschule auf die Sanierung am bestehenden Standort fällt, dann sollen diese Sporthallenkapazitäten als separates Projekt «Badiparkplatz Weitblick» errichtet werden.

Begründung 20.12.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Simon Michel, 2. Michael Ochsenbein, 3. Philipp Heri, Remo Bill, Hubert Bläsi, Markus Dietschi, Urs Huber, Stefan Hug, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Marco Lupi (11)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 006/2024 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Standesinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz an Erasmus+ (31.01.2024)

Der Kanton Solothurn fordert den Bundesrat auf, dem Parlament eine Botschaft zur Finanzierung von Erasmus+ vorzulegen.

Begründung 31.01.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Simon Michel, 3. Simon Gomm, Melina Aletti, Remo Bill, Hubert Bläsi, Janine Eggs, Simon Esslinger, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, David Gerke, Christian Ginsig, Philipp Heri, Karin Kälin, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Thomas Lüthi, Thomas Marbet, Rebekka Matter-Linder, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Angela Petiti, Christof Schauwecker, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Susan von Sury-Thomas, Nicole Wyss (31)

Stellungnahme RR: 24.06.2024 (schriftlich)

Stellungnahme BIKUKO: 18.09.2024 (schriftlich)

A 010/2024 (KR)

Auftrag Thomas Marbet (SP, Olten): Zeitgemässe Sitzungsgelder für Kantonsratsmitglieder (31.01.2024)

Die Ratsleitung wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Anpassung der variablen Entschädigungen (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Kantonsparlaments vorzulegen. Dabei sollen die Entschädigungen für die Teilnahme an Ratssitzungen, Kommissionssitzungen usw. dem Median der Schweizer Kantone angepasst werden.

Begründung 31.01.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Thomas Marbet (1)

Stellungnahme RL: 03.09.2024 (schriftlich)

A 027/2024 (DDI)

Auftrag Matthias Anderegg (SP/junge SP, Solothurn): Kantonale Zulassungsverfahren Gesundheitsberufe für Physiotherapeuten und Physiotherapeutinnen (19.03.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Physiotherapeuten und Physiotherapeutinnen ab bestandenerm Precheck im Rahmen des Anerkennungsverfahrens des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) angestellt werden und arbeiten können.

Begründung 19.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Matthias Anderegg, 2. Nicole Wyss, 3. Karin Kälin, Melina Aletti, Markus Ammann, Remo Bill, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Angela Petiti, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli (18)

Stellungnahme RR: 20.08.2024 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 25.09.2024 (schriftlich)

A 029/2024 (DDI)

Auftrag Fabian Gloor (Die Mitte, Oensingen): Medizinische Ambulante Grundversorgung sicherstellen (19.03.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, mit den Gemeinden sowie allen involvierten Leistungserbringern eine Strategie zur besseren Abdeckung in der medizinischen ambulanten Grundversorgung (insbesondere durch Hausärzte und Hausärztinnen und Kinderärzte und Kinderärztinnen) zu entwickeln und umzusetzen.

Begründung 19.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Barbara Leibundgut, 3. Daniel Urech, Melina Aletti, Matthias Anderegg, Johanna Bartholdi, Samuel Beer, Patrick Friker, Silvia Fröhlicher, Christian Ginsig, Philipp Heri, Nicole Hirt, Hardy Jäggi, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Freddy Kreuchi, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Daniel Nützi, Mathias Stricker, Thomas Studer, Bruno Vögli, Thomas von Arx, Benjamin von Däniken, Marie-Theres Widmer, André Wyss (27)

Stellungnahme RR: 27.08.2024 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 25.09.2024 (schriftlich)

A 030/2024 (BJD)

Auftrag Fabian Gloor (Die Mitte, Oensingen): Starker ÖV im Kanton Solothurn (19.03.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, mit dem Bundesamt für Verkehr (BAV) ein strategisches Gremium ins Leben zu rufen, der die ÖV-Bedürfnisse des ganzen Kantons abdeckt.

Begründung 19.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Michael Kumpli, 3. Hardy Jäggi, Johanna Bartholdi, Samuel Beer, Janine Eggs, Patrick Friker, Kuno Gasser, Christian Ginsig, Nicole Hirt, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Freddy Kreuchi, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer,

Daniel Nützi, Franziska Rohner, Simone Rusterholz, Sarah Schreiber, Mathias Stricker, Thomas Studer, Bruno Vögli, Thomas von Arx, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer (27)

Stellungnahme RR: 20.08.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 26.09.2024 (schriftlich)

A 031/2024 (FD)

Auftrag Fraktion Grüne: Finanzierung der öffentlichen Aufgaben sichern (20.03.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, nebst dem Massnahmenplan zur aufwandsseitigen Entlastung (Ziel Regierungsrat: 60 Mio. Franken) auch ertragsseitig eine Korrektur der Steuererträge von rund 40 Mio. Franken zu prüfen und anzustreben. Tiefe und mittlere Einkommen dürfen dabei nicht belastet werden.

Begründung 20.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Heinz Flück, 2. Marlene Fischer, 3. David Gerke, Janine Eggs, Anna Engeler, Myriam Frey Schär, Laura Gantenbein, Rebekka Matter-Linder, Christof Schauwecker, Daniel Urech (10)

Stellungnahme RR: 20.08.2024 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 25.09.2024 (schriftlich)

A 034/2024 (VWD)

Auftrag Thomas Studer (Die Mitte, Selzach): Waldzustandsbericht (20.03.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Zweijahresrhythmus einen Waldzustandsbericht über den Solothurner Wald zu erstellen und diesen dem Kantonsrat jeweils an der Herbstsession zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Der Bericht beinhaltet Informationen über:

- die Waldgesundheit/Waldzustand
- die Waldbewirtschaftung/Holznutzung
- den Waldschutz/Schutz vor Naturgefahren
- die Freizeit und Erholung (Gesellschaft)
- die Biodiversität (Fauna, Flora und Neobiota)
- die finanzielle Unterstützung durch die Öffentlichkeit
- die aktuellen politischen Rahmenbedingungen

Begründung 20.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Thomas Studer, 2. Georg Nussbaumer, 3. Jonas Walther, Melina Aletti, Samuel Beer, Markus Dietschi, Anna Engeler, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, Christian Ginsig, Fabian Gloor, Simon Gomm, Walter Gurtner, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Thomas Lüthi, Matthias Meier-Moreno, Daniel Nützi, Daniel Nützi, Simone Rusterholz, Sarah Schreiber, John Steggerda, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Bruno Vögli, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer, André Wyss (35)

Stellungnahme RR: 20.08.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 26.09.2024 (schriftlich)

A 055/2024 (DDI)

Auftrag fraktionsübergreifend: Standesinitiative zum beschleunigten Verfahren für Asylsuchende aus der Ukraine (27.03.2024)

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Standesinitiative zu unterbreiten, welche verlangt, dass ukrainischen Flüchtlingen ein beschleunigtes Asylverfahren gewährt und der Schutzstatus S für sie aufgehoben wird.

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Richard Aschberger, 2. Philippe Ruf, 3. Walter Gurtner, Johanna Bartholdi, Samuel Beer, Hubert Bläsi, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Markus Dietschi, Tobias Fischer, David Häner, Christian Herzog, Nicole Hirt, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Andrea Meppiel, Stefan Nünlist, Michael Ochsenbein, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Christian Thalmann, Bruno Vögtli, Benjamin von Däniken, Sabrina Weisskopf, Thomas Wenger, Mark Winkler (34)

Stellungnahme RR: 10.09.2024 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 25.09.2024 (schriftlich)

A 056/2024 (KR)

Auftrag Geschäftsprüfungskommission: Parlamentarische Aufsicht über verselbstständigte Einheiten stärken (27.03.2024)

Die Ratsleitung und – soweit in ihrem Zuständigkeitsbereich liegend – der Regierungsrat werden aufgefordert, die Rechtsgrundlagen dahin gehend anzupassen, dass die Rechenschafts- und Geschäftsberichte aller wichtigen verselbstständigten Organisationen und Unternehmen, insbesondere der Ausgleichskasse des Kantons Solothurn (AKSO), der Solothurner Spitäler AG (soH) und weiteren Beteiligungen der Kategorie A, durch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) geprüft werden. Im Rahmen der Behandlung der Geschäftsberichte soll der Regierungsrat zudem Rechenschaft über den Erfüllungsgrad der strategischen Ziele und den Verlauf der Eigengespräche ablegen.

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Stefan Nünlist, 2. Hansueli Wyss, 3. Christof Schauwecker, Melina Aletti, Markus Ammann, Samuel Beer, Markus Dick, Tobias Fischer, Patrick Friker, David Gerke, Adrian Läng, Georg Lindemann, Marie-Theres Widmer (13)

Stellungnahme RL: 03.09.2024/18.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme RR: 3.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme GPK: (schriftlich)

A 060/2024 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Schülerschein für alle (27.03.2024)

Der Regierungsrat stellt sicher, dass sämtliche Schulen der Sekundarstufe I und II einen Schülerschein ausstellen. Nötigenfalls erarbeitet er die rechtliche Grundlage hierfür.

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Sarah Schreiber, 3. Michael Kummli, Anna Engeler, Kuno Gasser, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas (9)

Stellungnahme RR: 13.08.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 061/2024 (DDI)

Auftrag Fraktion SVP: Stopp dem Missbrauch von Sozialhilfegeldern (27.03.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, als Ersatz für die aktuelle Praxis der finanziellen Unterstützung im Kanton Solothurn von Asyl- und Schutzsuchenden der Kategorien N und S, vorläufig Aufgenommenen der Kategorien F-Ausländer und F-Flüchtling, sowie abgewiesenen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, ein Bezahlkartensystem einzuführen.

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Beat Künzli, 2. Andrea Meppiel, 3. Roberto Conti, Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Markus Dick, Tobias Fischer, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Adrian Läng, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (20)

Stellungnahme RR: 20.08.2024 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 25.09.2024 (schriftlich)

A 074/2024 (BJD)

Auftrag Marlene Fischer (Grüne, Olten): Beitritt des Kantons Solothurn zur «Charta Kreislauforientiertes Bauen» (07.05.2024)

Der Kanton Solothurn wird aufgefordert, der «Charta Kreislauforientiertes Bauen» beizutreten.

Begründung 07.05.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Heinz Flück, 3. Anna Engeler, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Johanna Bartholdi, Janine Eggs, Simon Esslinger, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Kuno Gasser, Christian Ginsig, Simon Gomm, Philipp Heri, Nicole Hirt, Stefan Hug, Karin Kälin, Susanne Koch Hauser, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Georg Lindemann, Rebekka Matter-Linder, Pierino Menna, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, David Plüss, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Markus Spielmann, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Daniel Urech, Nadine Vögeli, André Wyss, Nicole Wyss (39)

Stellungnahme RR: 20.08.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 26.09.2024 (schriftlich)

A 075/2024 (DDI)

Auftrag Fraktion SVP: Standesinitiative zur sofortigen Einführung von systematischen Grenzkontrollen (08.05.2024)

Der Stand Solothurn ersucht die eidgenössischen Räte, die rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen zu schaffen, damit raschmöglichst systematische Grenzkontrollen eingeführt werden.

Begründung 08.05.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Beat Künzli, 2. Matthias Borner, 3. Andrea Meppiel, Richard Aschberger, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Adrian Läng, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (18)

Stellungnahme RR: 29.10.2024 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 5.12.2024 (schriftlich)

A 076/2024 (FD)

Auftrag Fraktion SVP: Wer Steuern zahlt, soll auch seine Steuerakten zugestellt erhalten (08.05.2024)

Die Steuergesetzgebung sei derart zu ergänzen, dass die Steuerakten auf Gesuch dem Steuerzahler oder der Steuerzahlerin jederzeit elektronisch oder in Papierform zugestellt werden.

Begründung 08.05.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Richard Aschberger, 2. Thomas von Arx, 3. Thomas Wenger, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Beat Künzli, Andrea Meppiel, Werner Ruchti, Silvia Stöckli, Christian Thalman (13)

Stellungnahme RR: 22.10.2024 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 15.01.2024 (schriftlich)

A 079/2024 (BJD)

Auftrag Fraktion SVP: Massnahmen zur Beschleunigung der Einsprache und Beschwerdewesen bei Baubewilligungsverfahren und Gestaltungsplanverfahren (08.05.2024)

Der Regierungsrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die häufig langen Gestaltungsplan- und Baubewilligungsverfahren mit geeigneten Massnahmen bei Einsprachen und Beschwerden beschleunigt werden können.

Begründung 08.05.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Tobias Fischer, 2. Thomas Giger, 3. Thomas Wenger, Matthias Borner, Roberto Conti, Markus Dick, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Thomas von Arx (14)

Stellungnahme RR: 29.10.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 12.12.2024 (schriftlich)

A 080/2024 (VWD)

Auftrag Markus Ammann (SP, Olten): Taxigesetz (08.05.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein «Taxigesetz» zu erlassen, das die grösstmögliche Gleichbehandlung unter den im Kanton Solothurn agierenden Unternehmen mit Taxis und Limousinen erlaubt. Es soll als schlanke und leicht umsetzbare Grundlage für kommunale Taxiordnungen dienen und einen fairen Wettbewerb schaffen.

Begründung 08.05.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Markus Ammann, 2. Mathias Stricker, 3. Melina Aletti, Matthias Anderegg, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Nadine Vögeli (14)

Stellungnahme RR: 22.10.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 081/2024 (DDI)

Auftrag Melina Aletti (junge SP, Olten): Sexuelle Gesundheit fördern (08.05.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Übernahme der Kosten von Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten durch den Kanton für die im Kanton Solothurn wohnhaften Personen unter 30 Jahren zu regeln.

Begründung 08.05.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Melina Aletti, 2. Angela Petiti, 3. John Steggerda, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Esslinger, Marlene Fischer, David Gerke, Simon Gomm, Philipp Heri, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Franziska Rohner, Christof Schauwecker, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (20)

Stellungnahme RR: 24.09.2024 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 11.12.2024 (schriftlich)

A 084/2024 (FD)

Auftrag Christine Rütli (SVP, Balsthal): Kantonsverbundenheit von Beamten und Staatsangestellten mit hoheitlichen und leitenden Aufgaben (15.05.2024)

§ 37 Abs. 1 des Staatspersonalgesetzes sei wie folgt zu ändern: Beamte und Beamtinnen und Staatsangestellte, die hoheitliche oder leitende Aufgaben erfüllen, sind verpflichtet, im Kanton Wohnsitz zu nehmen und ihre Tätigkeit auf kantonalem Hoheitsgebiet auszuüben. Aus wichtigen privaten Gründen kann die Wahlbehörde Ausnahmen bewilligen.

Begründung 15.05.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Christine Rütli, 2. Thomas Wenger, 3. Adrian Läng, Richard Aschberger, Roberto Conti, Markus Dick, Beat Künzli, Philippe Ruf, Silvia Stöckli (9)

Stellungnahme RR: 22.10.2024 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 15.01.2025 (schriftlich)

A 091/2024 (DBK)

Auftrag Beat Künzli (SVP, Laupersdorf): Keine Handys, Smartwatches und Ähnliches in der Schule (15.05.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzliche Regelung dahingehend anzupassen und/oder die zuständigen Behörden anzuweisen, dass das Tragen von Natels, Smartwatches und Ähnlichem, von Schülerinnen und Schülern auf Primarstufe (1. und 2. Zyklus) während dem Aufenthalt in der Schule kantonsweit unterbunden wird.

Begründung 15.05.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Beat Künzli, 2. Roberto Conti, 3. Andrea Meppiel, Richard Aschberger, Matthias Borner, Markus Dick, Tobias Fischer, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Adrian Läng, Werner Ruchti, Christine Rütli, Thomas Wenger (14)

Stellungnahme RR: 10.09.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 095/2024 (VWD)

Auftrag Thomas Wenger (SVP, Gerlafingen): Verbot von Veranstaltungen mit potenziellen Gewaltauswirkungen auf die öffentliche Sicherheit (15.05.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein kantonales Verbot von allen Veranstaltungen mit Risiko für ethno-nationalen Extremismus durchzusetzen.

Begründung 15.05.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Thomas Wenger, 2. Roberto Conti, 3. Beat Künzli, Andrea Meppiel, Werner Ruchti (5)

Stellungnahme RR: 22.10.2024 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 5.12.2024 (schriftlich)

A 110/2024 (VWD)

Auftrag Freddy Kreuchi (FDP.Die Liberalen, Balsthal): Regionale Baukommission ermöglichen (25.06.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Vorlage zur Überarbeitung der massgeblichen Rechtsgrundlagen auszuarbeiten, welche die Einsetzung regionaler (überkommunaler) Baukommissionen ermöglicht und die Delegation der baubehördlichen Aufgaben an andere Gemeinden erlaubt.

Begründung 25.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Freddy Kreuchi, 2. Edgar Kupper, 3. Johanna Bartholdi, Samuel Beer, Hubert Bläsi, Johannes Brons, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Rea Eng-Meister, Thomas Fürst, Kuno Gasser, Fabian Gloor, David Häner, Christian Herzog, Sibylle Jeker, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Michael Kumpli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Thomas Lüthi, Manuela Misteli, Stefan Nünlist, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, David Plüss, Daniel Probst, Martin Rufer, Christine Rütli, Christian Thalman, Daniel Urech, Thomas von Arx, Jonas Walther, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Hansueli Wyss (36)

Stellungnahme RR: 29.10.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 12.12.2024 (schriftlich)

A 0113/2024 (BJD)

Auftrag Daniel Probst (FDP.Die Liberalen, Olten): Entlastung von Kanton und Gemeinden durch Anpassung des kantonalen Gestaltungsplanobligatoriums (25.06.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, das kantonale Gestaltungsplanobligatorium gemäss § 46 Abs. 1 PBG dahingehend anzupassen, dass Bauvorhaben künftig rascher und weniger aufwändig bewilligt werden können, ohne dabei die Qualität zu mindern.

Begründung 25.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Probst, 2. Markus Spielmann, 3. Stefan Nünlist, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Thomas Fürst, David Häner, Christian Herzog, Freddy Kreuchi, Michael Kumpli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Manuela Misteli, David Plüss, Martin Rufer, Christian Thalmann, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Hansueli Wyss (19)

Stellungnahme RR: 29.10.2024 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 12.12.2024 (schriftlich)

A 116/2024 (FD)

Auftrag Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP: Ausschreibung von Wahlen (25.06.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, Wahlen, welche er selbst vornimmt, öffentlich auszuschreiben, falls die Besetzung nicht von Amtes wegen erfolgt.

Begründung 25.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Patrick Schlatter, 3. Fabian Gloor, Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Kuno Gasser, Michael Grimlichler, Walter Gurtner, Sibylle Jeker, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Christine Rütli, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas, Marie-Theres Widmer, André Wyss (24)

Stellungnahme RR: 26.11.2024 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 15.01.2024 (schriftlich)

A 118/2024 (STK)

Auftrag Fraktion SP/Junge SP: Totalrevision der Solothurner Kantonsverfassung (26.06.2024)

Der Regierungsrat wird eingeladen, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit eine Totalrevision der Solothurner Kantonsverfassung eingeleitet werden kann.

Begründung 26.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mathias Stricker, 2. Markus Ammann, 3. Hardy Jäggi, Melina Aletti, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Stefan Hug, Karin Kälin, Angela Petiti, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (18)

Stellungnahme RR: 22.10.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 119/2024 (BJD)

Auftrag Fraktion SP/Junge SP: Deckungsgrad bei ÖV-Linie (26.06.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen so anzupassen, dass bei ÖV-Linien, die den minimalen gesetzlichen Deckungsgrad unterschreiten, in begründeten Fällen Ausnahmen möglich sind.

Begründung 26.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Philipp Heri, 2. Urs Huber, 3. Stefan Hug, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Angela Petiti, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (19)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 120/2024 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Integrieren des Sports in der Departementsbezeichnung des heutigen DBK's (neu DBKS) (26.06.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Bezeichnung des Departements für Bildung und Kultur (DBK) so rasch als möglich in Departement für Bildung, Kultur und Sport (DBKS) zu ändern.

Begründung 26.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Philipp Heri, 2. Michael Kummli, 3. Michael Ochsenbein, Melina Aletti, Remo Bill, Hubert Bläsi, Matthias Borner, Markus Dietschi, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Kuno Gasser, Thomas Giger, Fabian Gloor, Simon Gomm, Christian Herzog, Urs Huber, Stefan Hug, Karin Kälin, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Kevin Kunz, Edgar Kupper, Adrian Läng, Barbara Leibundgut, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Manuela Misteli, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Angela Petiti, Martin Rufer, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, André Wyss, Nicole Wyss (40)

Stellungnahme RR: 9.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 122/2024 (DDI)

Auftrag Fraktion SP/Junge SP: Rechtshilfe für Armutsbetroffene (26.06.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Konzept für die Rechtshilfe für Armutsbetroffene zu erarbeiten, das den Zugang zu Rechtshilfe sicherstellt mit einem Leistungsvertrag mit einer unabhängigen und unentgeltlichen Rechtsberatungsstelle oder anderen geeigneten Massnahmen eine umfassende Rechtshilfe für Armutsbetroffene zu garantieren.

Begründung 26.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. John Steggerda, 2. Melina Aletti, 3. Luzia Stocker, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Simon Bürki, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Franziska Rohner, Mathias Stricker, Nadine Vögeli (15)

Stellungnahme RR: 3.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 125/2024 (KR)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Aufwand für die Beantwortung parlamentarischer Vorstösse ausweisen (26.06.2024)

Der Aufwand für die Beantwortung jedes einzelnen parlamentarischen Vorstosses ist in der schriftlichen Stellungnahme zum betreffenden Vorstoss jeweils bekannt zu geben. Die Ratsleitung wird

beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage mit den dazu erforderlichen Anpassungen des Parlamentsrechts (insb. des Geschäftsreglements des Kantonsrates) zu unterbreiten.

Begründung 26.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Sabrina Weisskopf, 2. Hansueli Wyss, 3. Martin Rufer, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Christian Herzog, Freddy Kreuchi, Michael Kumkli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Manuela Misteli, Stefan Nünlist, David Plüss, Daniel Probst, Markus Spielmann, Christian Thalmann, Mark Winkler (21)

Stellungnahme RR: 3.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme RL: 18.12.2024 (schriftlich)

A 147/2024 (STK)

Auftrag Marie-Theres Widmer (Die Mitte, Steinhof): Medienvielfalt stärken (03.07.2024)

Die Regierung wird beauftragt, zu prüfen, wie sie die Medienvielfalt grundsätzlich fördern und unterstützen kann. Zudem soll sie aufzeigen, mit welchen weiteren Massnahmen eine offensive, breite Berichterstattung über die kantonalen Sessionen sowie über die Tätigkeiten der Regierung und der Verwaltung gewährleistet werden kann, und was diese Massnahmen kosten würden.

Begründung 03.07.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Marie-Theres Widmer, 2. Matthias Meier-Moreno, 3. Michael Ochsenbein, Melina Aletti, Markus Ammann, Remo Bill, Janine Eggs, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Kuno Gasser, David Gerke, Simon Gomm, Michael Grimbichler, Philipp Heri, Stefan Hug, Karin Kälin, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Michael Kumkli, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Rebekka Matter-Linder, Pierino Menna, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Angela Petiti, Christof Schauwecker, Sarah Schreiber, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Daniel Urech, Nadine Vögeli, André Wyss, Nicole Wyss (42)

Stellungnahme RR: 14.1.2025 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 148/2024 (KR)

Auftrag David Plüss (FDP.Die Liberalen, Olten): Effizienz im Ratsbetrieb / Sachvorlagen (03.07.2024)

Die Ratsleitung wird beauftragt, zu prüfen, wie weitgehend unstrittige Sachvorlagen beschleunigt behandelt werden können.

Begründung 03.07.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. David Plüss, 2. Thomas Fürst, 3. Daniel Cartier, Hubert Bläsi, Markus Dietschi, David Häner, Christian Herzog, Barbara Leibundgut, Christian Thalmann, Mark Winkler, Hansueli Wyss (11)

Stellungnahme RL: 18.12.2024 (schriftlich)

A 149/2024 (KR)

Auftrag Thomas Fürst (FDP.Die Liberalen, Olten): Effizienz im Ratsbetrieb / Aufträge (03.07.2024)

Die Ratsleitung wird beauftragt, zu prüfen, wie weitgehend unstrittige Aufträge beschleunigt behandelt werden können.

Begründung 03.07.2024: schriftlich

Unterschriften: 1. Thomas Fürst, 2. David Plüss, 3. Daniel Cartier, Hubert Bläsi, Markus Dietschi, David Häner, Christian Herzog, Barbara Leibundgut, Christian Thalmann, Mark Winkler, Hansueli Wyss (11)

Stellungnahme RL: 18.12.2024 (schriftlich)

A 153/2024 (BJD)

Auftrag Fabian Gloor (Die Mitte, Oensingen): Faire Chance für Kleinbusse (03.07.2024)

Das ÖVG (SR 732.1) soll in § 5 angepasst werden, so dass ÖV-Angebote mit Kleinbussen mindestens einen Kostendeckungsgrad von 15 % erreichen müssen, um mitfinanziert zu werden.

Begründung 03.07.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Sarah Schreiber, 3. Walter Gurtner (3)

Stellungnahme RR: 3.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 156/2024 (STK)

Auftrag Laura Gantenbein (Grüne, Solothurn): Finanzierung der Informations-Plattform „smartvote“ für die Wahlen 2025 (03.07.2024)

Der Kanton Solothurn wird aufgefordert, die Informations-Plattform „smartvote“ für alle Parteien hinsichtlich der Kantonalen Wahlen 2025 zu finanzieren.

Begründung 03.07.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Laura Gantenbein, 2. Anna Engeler, 3. Daniel Urech, Janine Eggs, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, David Gerke, Christof Schauwecker (9)

Stellungnahme RR: 29.10.2024 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 5.12.2024 (schriftlich)

A 174/2024 (STK)

Auftrag Fraktion glp: Standesinitiative «Stärkung des Wahlrechts bei den Nationalratswahlen» (04.09.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, gemäss Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung folgende Solothurner Standesinitiative einzureichen:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Gesetzgebung über die Nationalratswahlen dahingehend zu ändern, dass das Wahlrecht des Souveräns gestärkt wird. Es ist ein Wahlsystem einzuführen, das

- jede Stimme unabhängig vom Wohnort gleich gewichtet (Erfolgswertgleichheit),

- die Transparenz für den Souverän erhöht, indem es keine parteiübergreifenden Listenverbindungen mehr vorsieht, und im Gegenzug
- die Parteienstärken auf nationaler Ebene proportional in Nationalratssitze unter Beibehaltung der Kantone als Wahlkreise abbildet (Doppelproporz), allenfalls unter Hinzufügen einer Majorzbedingung.

Begründung 04.09.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Simone Rusterholz, 2. Thomas Lüthi, 3. Jonas Walther, Samuel Beer, Christian Ginsig, Nicole Hirt (6)

Stellungnahme RR: 14.1.2025 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 177/2024 (DDI)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Verbot von Einweg-E-Zigaretten (11.09.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Verkauf von Einweg-E-Zigaretten im ganzen Kanton zu verbieten.

Begründung 11.09.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Matthias Meier-Moreno, 3. Tamara Mühlemann Vescovi, Rea Eng-Meister, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, Michael Grimbichler, Karin Kälin, Susanne Koch -Hauser, Edgar Kupper, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Sarah Schreiber, Mathias Stricker, Thomas Studer (15)

Stellungnahme RR: 14.1.2025 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 178/2024 (DDI)

Auftrag Fraktion SP/Junge SP: Soziale Medien und psychische Gesundheit von Jugendlichen (11.09.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, gemeinsam mit den kantonalen Beratungsstellen wirksame und präventive Massnahmen für die psychische Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen im Umgang mit Sozialen Medien zu erarbeiten und einzuführen. Dabei sollen zum einen Möglichkeiten für Jugendliche geschaffen werden, sich intensiver mit dem eigenen Konsumverhalten und den Folgen auseinanderzusetzen, und zum anderen sollen Eltern Möglichkeiten geboten werden, Hilfe und Beratung zu erhalten.

Der Regierungsrat wird zudem beauftragt, die präventiven Massnahmen grundsätzlich zu verstärken. Gemeinsam mit den vorhandenen Beratungsstellen, Sensibilisierungsangeboten und Vereinen soll eine Sensibilisierungskampagne geplant werden, die zur breiten Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung führt.

Begründung 11.09.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Angela Petiti, 2. Luzia Stocker, 3. John Steggerda, Melina Aletti, Matthias Andereg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Urs Huber, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Matthias Racine, Franziska Rohner, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (19)

Stellungnahme RR: 14.1.2025 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 180/2024 (DBK)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Weniger Fremdsprachen in der Primarschule (11.09.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Lehrplan der Volksschule so anzupassen, dass Englisch erst in der Sekundarstufe unterrichtet wird.

Begründung 11.09.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Sabrina Weisskopf, 2. Hansueli Wyss, 3. Freddy Kreuchi, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, Christian Herzog, Nicole Hirt, Michael Kummli, Georg Lindemann, Manuela Misteli, David Plüss, Daniel Probst, Markus Spielmann, Christian Thalmann (17)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 210/2024 (FD)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Stabilisierung des Kantonalen Pensenbestandes (05.11.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Pensenbestand zeitnah auf dem aktuellen Niveau 2024 zu stabilisieren. Ausnahmen sind nur im Bereich Volksschule und Justizvollzug möglich, infolge höherer Schüler- bzw. Insassenzahlen.

Begründung 05.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Christian Thalmann, 2. Daniel Probst, 3. Markus Spielmann, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Christian Herzog, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Manuela Misteli, Stefan Nünlist, David Plüss, Martin Rufer, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Hansueli Wyss (18)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 217/2024 (DDI)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Unterstützung betreuende und pflegende Angehörige (06.11.2024)

Der Regierungsrat wird gebeten, Massnahmen zu erlassen, damit betreuende und pflegende Angehörige zukünftig finanziell unterstützt werden und einen verbesserten Zugang zu zahlbaren Betreuungs- und Entlastungsangeboten erhalten.

Begründung 06.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. John Steggerda, 3. Sarah Schreiber, Melina Aletti, Matthias Andereg, Remo Bill, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Simon Gomm, Philipp Heri, Nicole Hirt, Karin Kälin, Susanne Koch Hauser, Georg Nussbaumer,

Angela Petiti, Matthias Racine, Franziska Rohner, Simone Rusterholz, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Pascal Walter, Nicole Wyss

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 218/2024 (FD)

Auftrag Fraktion SVP: Anpassung der Globalbudget-Steigerungen an das Wachstum der Steuereinnahmen (06.11.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Steigerung der Globalbudgets künftig maximal dem langfristigen Wachstum der Steuereinnahmen entspricht.

Begründung 06.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Thomas Wenger, 2. Matthias Borner, 3. Richard Aschberger, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx (16)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 219/2024 (KR)

Auftrag Fraktion SVP: Leistungsorientierte Entlohnung der Solothurner Legislative (06.11.2024)

Die Ratsleitung wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Anpassung des Geschäftsreglements des Kantonsrates von Solothurn, dem Parlament vorzulegen. Es soll dabei die Entschädigung nach § 34bis angepasst werden:

1. Mit der Grundentschädigung werden die Aufwendungen für Aktenstudium und private Infrastruktur etc. abgegolten.
2. Die Grundentschädigung beträgt für jedes Ratsmitglied 2000 Franken pro Jahr. Im Falle der Verabschiedung eines positiven Voranschlags (Ertragsüberschuss) für das Folgejahr fällt die Grundentschädigung um zusätzliche 2000 Franken aus.
3. Ratsmitglieder, die im Verlaufe des Jahres aus dem Rat ausscheiden oder neu eintreten, erhalten die Grundentschädigung pro rata ausbezahlt.

Begründung 06.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Philippe Ruf, 2. Thomas Giger, 3. Kevin Kunz, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Walter Gurtner, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (16)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 223/2024 (VWD)

Auftrag Johanna Bartholdi (FDP.Die Liberalen, Egerkingen): Der Kanton Solothurn ist systemrelevant für die ganze Schweiz! Wir fordern eine entsprechende Entschädigung! (13.11.2024)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, mit dem Bund, resp. den zuständigen Departementen/Bundesämtern eine jährliche Entschädigung des Bundes für den Kanton Solothurn auszuhandeln und diese auch dezidiert zu verlangen. Es ist dem Regierungsrat freigestellt, weitere Kantone, in denen ähnliche Ausgangslagen herrschen, einzubinden. Die anvisierte Grössenordnung für den Kanton Solothurn hat mindestens 18 Mio. Franken/Jahr zu betragen. Das Anliegen verfolgt dieselbe Stossrichtung wie die Interpellation 24.4155 von Nationalrat Stefan Müller-Altermatt, eingereicht am 26.09.2024 an den Bundesrat.

Begründung 13.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Johanna Bartholdi, 2. Georg Lindemann, 3. Fabian Gloor, Bruno Eberhard, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Christian Ginsig, Michael Grimbichler, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Pierino Menna, Manuela Misteli, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, David Plüss, Daniel Probst, Patrick Schlatter, Thomas Studer, Christian Thalmann, Benjamin von Däniken, Pascal Walter, Jonas Walther, Sabrina Weisskopf (28)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 225/2024 (DBK)

Auftrag Fraktion SVP: Keine Kleinstpensen an den Solothurner Schulen (13.11.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu prüfen, mit welchen Massnahmen Kleinstpensen (unter 30%) von Lehrpersonen bei den Schulen im Kanton Solothurn reduziert werden könnten.

Begründung 13.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Andrea Meppiel, 2. Beat Künzli, 3. Roberto Conti, Richard Aschberger, Johannes Brons, Markus Dick, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Adrian Läng, Werner Ruchti, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (15)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 226/2024 (FD)

Auftrag Fraktion SVP: Keine Kleinstpensen in der Solothurner Verwaltung (13.11.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu prüfen, mit welchen Massnahmen Kleinstpensen (unter 40%) des Personals in der Solothurner Verwaltung reduziert werden können.

Begründung 13.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Andrea Meppiel, 2. Roberto Conti, 3. Beat Künzli, Richard Aschberger, Johannes Brons, Markus Dick, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Adrian Läng, Werner Ruchti, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (15)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 229/2024 (VWD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Effektive und sinnvolle Kontrolle der Gemeinden durch den Kanton (13.11.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die kantonale Gesetzgebung so anzupassen, dass der Kanton die Gemeinderechnungen nur noch auf die relevanten Zahlen für die entsprechenden Finanzausgleiche überprüft. Zudem ist der Prüfungsintervall für Sonderprüfungen auf mindestens sechs Jahre zu erhöhen. Durch den geringeren Prüfungsaufwand sind die Gebühren entsprechend zu senken.

Begründung 13.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Freddy Kreuchi, 3. Philipp Heri, Johanna Bartholdi, Johannes Brons, Bruno Eberhard, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Thomas Giger, Fabian Gloor, Michael Grim-bichler, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Michael Kummli, Edgar Kupper, Georg Lindemann, Matthias Meier-Moreno, Andrea Meppiel, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Stephanie Ritschard, Martin Rufer, Christine Rützi, Patrick Schlatter, Jonas Walther, Sabrina Weisskopf, Hansueli Wyss (30)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 240/2024 (VWD)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Änderung von § 31 Abs. 1 des Gemeindegesetzes (11.12.2024)

§ 31 Abs. 1 sagt: Die Verhandlungen der Gemeindeversammlung, des Gemeindeparlaments und des Gemeinderates sind in der Regel öffentlich. Dieser Paragraph ist wie folgt zu ergänzen. Die Verhandlungen der Gemeindeversammlung, des Gemeindeparlaments, des Gemeinderates und der Delegiertenversammlungen der Zweckverbände sind in der Regel öffentlich.

Begründung 11.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mark Winkler, 2. Christian Thalmann, 3. Georg Lindemann, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Christian Herzog, Freddy Kreuchi, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Stefan Nünlist, David Plüss, Daniel Probst, Martin Rufer, Markus Spielmann, Sabrina Weisskopf, Hansueli Wyss (20)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 241/2024 (KR)

Auftrag Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP: Vorgehen bei Stimmabgabe klar regeln (17.12.2024)

Die Ratsleitung wird beauftragt, die Gesetzgebung und/oder das Geschäftsreglement wie folgt anzupassen: Bei Abstimmungen soll das Abstimmungsverhalten der einzelnen Ratsmitglieder zwar laufend an der Wand angezeigt werden. Das Resultat (in Zahlen) jedoch erst nach Abschluss der Abstimmung (analog Nationalrat). Wird behauptet, dass bei Abstimmungen durch die Abstimmungsanlage nicht alle Stimmen gezählt worden sind, wird die Abstimmung nicht wiederholt, sondern die fehlenden Stimmendürfen mündlich nachgeliefert werden. Dies allerdings nur unmit-

telbar im Anschluss an die Abstimmung. Wenn sich ein Ratsmitglied nicht sofort meldet, spätestens wenn das Ergebnis verkündet wird, ist die Stimmzählung vorbei und die Stimme zählt nicht.

Begründung 17.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Patrick Schlatter, 3. Fabian Gloor, Bruno Eberhard, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Michael Grimbichler, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Matthias Mer-Moreno, Pierino Menna, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Benjamin von Däniken, André Wyss (19)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 242/2024 (VWD)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Ergänzungsleistungen – persönliche Benachrichtigung von potentiell Anspruchsberechtigten von Amtes wegen (17.12.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie Menschen, die aufgrund der Steuerdaten Anspruch auf Ergänzungsleistungen (EL) haben könnten, in Zukunft direkt angeschrieben und über ihren möglichen Anspruch benachrichtigt werden sollen.

Begründung 17.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. John Steggerda, 2. Urs Huber, 3. Matthias Racine, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Angela Petiti, Franziska Rohner, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (20)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 243/2024 (VWD)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Anspruch auf Prämienverbilligung automatisch prüfen und Beiträge direkt ausbezahlen (17.12.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung (IPVG) so anzupassen, dass der Anspruch von Versicherten automatisch geprüft und ausbezahlt wird. Um die Eigenverantwortung zu bewahren, soll ein freiwilliger Verzicht mit einem niederschweligen Opt-Out Verfahren aktiv angeboten werden.

Begründung 17.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. John Steggerda, 2. Matthias Racine, 3. Urs Huber, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Angela Petiti, Franziska Rohner, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (20)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 249/2024 (FD)

Auftrag Fraktion SVP: Sistierung Leistungsbonus (LEBO) ab 2026 (18.12.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Betrag für die Leistungsboni der Verwaltung ab 2026 und während fünf Jahren zu sistieren.

Begründung 18.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Markus Dick, 2. Johannes Brons, 3. Adrian Läng, Richard Aschberger, Roberto Conti, Tobias Fischer, Kevin Kunz, Beat Künzli, Andrea Meppiel, Stephanie Ritschard, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Christine Rütli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (15)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 252/2024 (BJD)

Auftrag Janine Eggs (Grüne, Dornach): Keine Verzögerungen beim S-Bahn Viertelstundentakt im Birstal (18.12.2024)

Der Regierungsrat wird damit beauftragt, sich beim Bund und den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass das Wendegleis Aesch wie geplant bis 2028 realisiert wird und insbesondere, dass ab 2028 im Birstal ein Viertelstundentakt der S-Bahn angeboten wird. Sollte die zweite Forderung erst später umgesetzt werden können, wird der Regierungsrat damit beauftragt, bereits früher umsetzbare Kompensationsmassnahmen bei der SBB und beim Bund einzufordern. Diese könnten sein:

- Schnellzugshalt Dornach-Arlesheim (vgl. erheblich erklärten A 0235/2022 «Auftrag Janine Eggs (Grüne, Dornach): Perspektive BAHN 2050 umsetzen: Ein Schnellzugshalt für Dornach-Arlesheim»)
- Drei statt vier S-Bahn-Züge pro Stunde und Richtung
- Viertelstundentakt in den Hauptverkehrszeiten
- S-Bahn-Verbindung von Aesch via Dornach und Münchenstein nach Muttenz

Weiter ist zu prüfen, ob dank dem Doppelspurausbau zwischen Grellingen und Duggingen der Viertelstundentakt bis Laufen weitergezogen werden kann.

Begründung 18.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Janine Eggs, 2. Daniel Urech, 3. David Häner, Anna Engeler, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Laura Gantenbein, Kuno Gasser, David Gerke, Michael Grimbichler, Karin Kälin, Susanne Koch Hauser, Rebekka Matter-Linder, Christof Schauwecker (16)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

X. Interpellationen

I 088/2024 (BJD)

Interpellation Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Parkettskandal im Bürgerspital Solothurn (15.05.2024)

Es ist bedauerlich, dass trotz der Fachkompetenz in der Baudirektion und der Geschäftsleitung des Spitals solche schwerwiegenden Fehler auftraten. Die Vernachlässigung potenzieller Bedenken und Warnungen hinsichtlich der Verwendung von Parkettböden in einem Spital zeugt von einem eklatanten Versagen der Verantwortlichen.

Die Entscheidung, auf Schadenersatzforderungen zu verzichten und die Kosten auf den Steuerzahler abzuwälzen, wurden ohne ausreichende öffentliche Diskussion und Transparenz getroffen. Es ist unklar, wie diese Entscheidungen zustande kamen und welche Überlegungen dahinterstecken. Ausserdem ist es äusserst beunruhigend, dass das Bürgerspital offenbar happige Drohungen gegen den Kanton Solothurn ausgesprochen hat. Die Gründe für diese Drohungen und wie das Spital zu solchen Massnahmen berechtigt ist, müssen dringend geklärt werden.

In diesem Zusammenhang fordere ich den Regierungsrat auf, folgende Fragen umfassend zu beantworten:

1. Welche konkreten Schritte wurden unternommen, um die Verantwortlichen für den Parkettskandal zur Rechenschaft zu ziehen, insbesondere Baudirektor Fürst / Baudirektorin Kolly, Kantonsbaumeister Keune, CEO Häusermann und Verwaltungsratspräsidentin Diener und Verwaltungsratspräsident Fluri?
2. Welche Überlegungen und Absprachen führten dazu, auf Schadenersatzforderungen zu verzichten und die Kosten auf den Steuerzahler abzuwälzen?
3. Wie erklären Sie die happigen Drohungen des Bürgerspitals gegen den Kanton Solothurn und welche Massnahmen werden ergriffen, um solche Situationen in Zukunft zu verhindern?
4. Wie wurde die angebliche Expertenmeinung, die zu den Drohungen gegen den Kanton führte, überprüft und validiert?
5. Welche konkreten Massnahmen werden ergriffen, um die Transparenz und öffentliche Rechenschaftspflicht bei Entscheidungen über öffentliche Mittel zu verbessern, insbesondere in Bezug auf die Verwendung von Steuergeldern für Bauprojekte und die Vergabe von Aufträgen an externe Unternehmen?
6. Gab es bereits vor dem Bauprojekt des Bürgerspitals Bedenken oder Warnungen bezüglich der Wahl des Bodenbelags oder anderer Bauelemente, die ignoriert wurden? Wenn ja, wie wurden diese Bedenken behandelt oder berücksichtigt?
7. Welche Rolle spielten externe Berater oder Experten bei der Planung und Umsetzung des Bauprojekts, insbesondere in Bezug auf die Wahl des Bodenbelags, und wurden ihre Empfehlungen berücksichtigt oder umgesetzt?
8. Wie wurden die Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen beteiligten Parteien, einschliesslich der Bauverwaltung, der Baufirma, der Spitäler AG und anderen, während des gesamten Projekts gehandhabt, insbesondere im Hinblick auf die Entdeckung und Behandlung der Parkettschäden?
9. Warum wurde keine Kompromisslösung mit der Versicherung gefunden, um die Kosten für die Parkettschäden abzudecken? Verfügt der Kanton über eine Bauwesenversicherung, die solche Schäden abdeckt, und wenn ja, warum wurde sie in diesem Fall nicht in Anspruch genommen?
10. Gab es Bemühungen seitens der verantwortlichen Unternehmen, eine Lösung in Zusammenarbeit mit ihrer eigenen Versicherung zu finden?

Begründung 15.05.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Stephanie Ritschard, 2. Thomas Wenger, 3. Thomas Giger, Markus Dick, Adrian Läng, Jennifer Rohr, Werner Ruchti (7)

Stellungnahme RR: 20.08.2024 (schriftlich)

I 114/2024 (VWD)

Interpellation Hardy Jäggi (SP, Recherswil): IKV 2020 - reicht das Kontingent für alle Vereinslottos im Kanton Solothurn (25.06.2024)

Der Regierungsrat wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Vereinslottos mit Geldpreisen wurden in den letzten Jahren (inkl. 2024) vom Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) bewilligt?
2. Wie hoch war das Total der Gewinnsummen pro Jahr (inkl. 2024)?
3. Sollte das Total (Frage 2) über dem Kontingent gemäss Interkantonale Vereinbarung (IKV 2020) liegen, wie gedenkt der Regierungsrat künftig damit umzugehen?
4. Falls das Kontingent nicht für alle Vereinslottos ausreicht, ist der Regierungsrat bereit, sich für eine Erhöhung des Kontingents einzusetzen?
5. Wenn nein, warum nicht?

Begründung 25.06.2024: schriftlich.

Lottos sind für Dorfvereine eine sehr wichtige Einnahmequelle. Ohne diese Einnahmen würden viele Dorfvereine Verluste schreiben.

In den letzten Jahren kamen die Dorfvereine bei ihren Lottos immer mehr weg von den Vorratszubern und Hammen und geben als Preise Gutscheine (z.B. Migros, Landi etc.) ab. Das entspricht einem Bedarf der Besucher und Besucherinnen von Lotto-Veranstaltungen.

Da Gutscheine leider als Geldpreise gelten, obwohl damit nur Waren gekauft werden können, fallen sie unter die IKV 2020, die sich gegen die Geldwäscherei wendet.

In der IKV 2020 hat der Kanton Solothurn für alle Lottos mit Geldpreisen ein Kontingent von rund 820'000 Franken.

Die Frage ist, ob dieses Kontingent für alle Lottos von Dorfvereinen mit Geldpreisen ausreichen wird. Es darf nicht sein, dass Vereine keine Bewilligung mehr erhalten und damit eine sehr wichtige Einnahmequelle verlieren.

Unterschriften: 1. Hardy Jäggi, 2. Urs Huber, 3. John Steggerda, Melina Aletti, Markus Ammann, Remo Bill, Hubert Bläsi, Matthias Borner, Simon Bürki, Roberto Conti, Markus Dietschi, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Patrick Friker, Silvia Fröhlicher, Kuno Gasser, Simon Gomm, Walter Gurtner, David Häner, Philipp Heri, Christian Herzog, Stefan Hug, Karin Kälin, Michael Kummli, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Matthias Meier-Moreno, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Angela Petiti, Stephanie Ritschard, Franziska Rohner, Werner Ruchti, Martin Rufer, Christine Rütli, Patrick Schlatter, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, Benjamin von Däniken, Sabrina Weisskopf, Thomas Wenger, Marie-Theres Widmer, Nicole Wyss (47)

Stellungnahme RR: 20.08.2024 (schriftlich)

I 115/2024 (BJD)

Interpellation Markus Spielmann (FDP.Die Liberalen, Starrkirch-Wil): Netzausbau und Energiewende, eine zu hohe Hürde? (25.06.2024)

Der Regierungsrat wird höflich gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Welches sind die planerischen Voraussetzungen (bundes- und kantonrechtlich) für die Errichtung einer Trafostation ausserhalb der Bauzone?
2. Wie sind die Zuständigkeiten für die Errichtung einer Trafostation ausserhalb der Bauzone im Kanton Solothurn? Welche Stellen sind involviert und welches ist das Leitverfahren?
3. In welchem Verfahren werden welche Netzverstärkungen bearbeitet und bewilligt (Baubewilligungsverfahren und/oder Plangenehmigungsverfahren) und welches ist das Leitverfahren?
4. Ist es möglich, im Rahmen von Teilrevisionen der Ortsplanung, kleine Flächen für die Erstellung von Trafostationen einzuzonen und unter welchen Voraussetzungen, respektive in welchem zeitlichen Rahmen?
5. Welche kantonalen Handlungsmöglichkeiten und -spielräume gibt es, um Netzverstärkungen durch die Energieversorgungsunternehmen (EVU) zu erleichtern?
6. Sind dem Regierungsrat praktische Problemfälle bekannt, wo Anlagen der Stromproduktion (Photovoltaik [PV]) oder Verbraucher (z.B. Ladestationen) der Anschluss verweigert wird oder wurde, oder wo bestehende Anlagen ausser Betrieb genommen werden mussten? Welche?
7. Sind dem Regierungsrat praktische Problemfälle bekannt, wo Anlagen für die Netzverstärkung (namentlich Trafostationen) nicht erstellt werden können oder konnten, oder wo bestehende Anlagen ausser Betrieb genommen werden mussten? Welche?
8. Ist der Regierungsrat gewillt, die Voraussetzungen für Netzverstärkungen zu erleichtern (Verfahren und materiell), wenn ja, wie?

Begründung 25.06.2024: schriftlich.

Seit Jahren sind die Energiewende, die dezentrale Stromerzeugung sowie Elektrifizierung von Heizungen und Mobilität ein Dauerthema und zurecht politisch gewünscht und unterstützt. Die Erzeugung elektrischer Energie und deren Verbrauch sind in einem gewaltigen Wandel. Die Vorlage des totalrevidierten Energiegesetzes zielt in die gleiche Richtung. Während sich bis vor kurzem Energieproduzenten, Energieversorger und Konsumenten im Markt gegenüberstanden, haben wir heute stark zunehmende Prosumenten, also vor allem Private, welche neben dem Strombezug aus dem Netz Eigenproduktion vorwiegend mit Photovoltaikanlagen betreiben. Dieser Wandel stellt nicht nur die beteiligten Parteien vor nie dagewesene Herausforderungen, sondern auch die Transport- und Verteilinfrastruktur für elektrische Energie, die Netze. Man schätzt heute die zusätzlichen Kosten für Netzverstärkungen in der Schweiz für alle Netzebenen auf rund 30 Milliarden Franken bis 2050.

In der Praxis sind die EVU tagtäglich mit praktischen Problemen konfrontiert. Es macht den Anschein, als sei unabhängig von dem vom Schweizer Stimmvolk angenommenen «Mantelerlass» die gesetzliche Landschaft nicht auf diesen Wandel vorbereitet. Es sind im Kanton Solothurn Fälle bekannt, wo PV-Anlagen nicht ans Netz angeschlossen werden können oder konnten. Es sind dem Erstunterzeichner Fälle bekannt, wo Verbraucher nicht angeschlossen werden können (Schnelllader in Autogarage) und es sind Fälle bekannt, wo sich grosse Investitionen in PV-Anlagen wegen gesetzlicher Rahmenbedingungen um Jahre verzögern. Hinzu kommt, dass die EVU stetig und zunehmend mit baurechtlichen Problemen im Zusammenhang mit Netzverstärkungen konfrontiert sind. Damit ist namentlich gemeint, dass Trafostationen nötig sind, die entweder kein Bauland finden, sei es durch Kauf oder Baurechtsdienstbarkeiten oder keine Baubewilligung erhalten können. Physikalisch kann beispielsweise ein Quartier nur erschlossen werden, wenn das Netz hinreichend verstärkt werden kann, was einen Trafo in der Nähe erfordert. Fehlt die Netzverstärkung, können PV-

Anlagen und/oder Verbraucher schlicht nicht ans Stromnetz angeschlossen werden. Abhilfe könnte schaffen, wenn die baurechtlichen Voraussetzungen oder die Praxis für die Erstellung solcher Anlagen, dem Problem angepasst würden, nicht selten könnte ein Trafo an der Grenze des Siedlungsgebiets, aber ausserhalb der bestehenden Bauzone, Abhilfe schaffen. Tatsache ist, dass die Energiewende nur mit hinreichenden Netzen möglich ist und dass dieses virulente Problem zu wenig Beachtung findet.

Unterschriften: 1. Markus Spielmann, 2. Patrick Schlatter, 3. Sibylle Jeker, Hubert Bläsi, Markus Dietschi, Thomas Fürst, Kuno Gasser, Christian Ginsig, David Häner, Christian Herzog, Michael Kummli, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Manuela Misteli, Stefan Nünlist, David Plüss, Daniel Probst, Martin Rufer, Thomas Studer, Christian Thalmann, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Hansu-eli Wyss (23)

Stellungnahme RR: 22.10.2024 (schriftlich)

I 130/2024 (DBK)

Interpellation Christof Schauwecker (Grüne, Zuchwil): Sexualaufklärung an der Volksschule (26.06.2024)

Eine altersgemässe, ganzheitliche und umfassende Sexualaufklärung ist Bestandteil des Lehrplan 21. Schüler und Schülerinnen haben ein Recht auf gesicherte Informationen in Bezug auf sexuelle und psychische Gesundheit. Zusätzlich ist die Volksschule durch den Lehrplan dazu aufgefordert, sich gegen «jegliche Form von Diskriminierung» – auch aufgrund der sexuellen Orientierung – zu stellen und die «Gleichstellung der Geschlechter» zu fördern¹.

Dieser Sexualkundeunterricht steht seitens fundamentalistischer Kreise immer wieder unter Beschuss. Das zeigte beispielhaft der vor kurzem bekannt gewordene Fall des schwulen Lehrers aus Pfäffikon ZH, der nach Druck von Eltern aufgrund des Sexualkundeunterrichts und seiner Homosexualität schliesslich entlassen wurde². Mehrere regionale Verbände der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) kennen laut Medienberichten die Unterdrucksetzung von Lehrpersonen durch Eltern, speziell in Bezug auf Sexualkundeunterricht. Das zeigt: Zum Schutz der Lehrpersonen und um einen qualitativ hochwertigen Sexualkundeunterricht gemäss Lehrplan 21 sicherzustellen, muss der Sexualkundeunterricht professionalisiert und von externen Fachpersonen durchgeführt werden. In der Westschweiz ist dieses Modell bereits seit vielen Jahren erfolgreich und fest verankert.

Gleichzeitig zeigt der Fall in Pfäffikon ZH, dass homosexuelle Personen weiterhin mit Diskriminierung konfrontiert sind. Dies wurde auch durch eine neue Umfrage der Pädagogischen Hochschulen Bern und Zürich unter queeren Schülerinnen und Schülern bestätigt, in der ein Drittel angibt, schon diskriminierende Sprüche aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität erfahren zu haben. Um diese Diskriminierungen und Vorurteile in der Gesellschaft abzubauen, braucht es deshalb ergänzend zum Sexualkundeunterricht spezifische Massnahmen für ein offenes und inklusives Schulklima. Dafür sind Unterstützungs- und Weiterbildungsangebote zum Thema sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität für Lehrpersonen und Schulleitungen notwendig.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat, uns folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie werden Lehrpersonen vor Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität geschützt? Welche Richtlinien bestehen dazu?
2. Wie wird sichergestellt, dass alle Schüler und Schülerinnen einen zeitgemässen, ganzheitlichen und professionellen Sexualkundeunterricht erhalten – trotz Druckversuchen von fundamentalis-

¹ <https://v-ef.lehrplan.ch/index.php?code=e%7C200%7C1>

² <https://zueriost.ch/gesellschaft/2024-04-18/wie-eltern-einem-schwulen-lehrer-das-leben-zur-hoelle-machten>

tischen Kreisen?

3. Wie kann der Sexualkundeunterricht im Kanton Solothurn gemäss dem Westschweizer Modell professionalisiert werden? Welche Fachorganisationen im Bereich Sexualkunde unterstützt der Kanton aktuell finanziell, respektive mit welchen besteht eine Zusammenarbeit?
4. Welche Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote (z.B. durch externe Fachorganisationen) zum Thema sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität bestehen für Lehrpersonen und Schulleitungen im Kanton Solothurn und wie werden diese unterstützt?
5. Mit welchen Massnahmen und finanziellen Mitteln sorgt der Regierungsrat für den Abbau von Diskriminierungen und Vorurteilen gegenüber LGBTQ+ Personen in der Gesellschaft?

Begründung 26.06.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Rebekka Matter-Linder, 3. Heinz Flück, Janine Eggs, Anna Engeler, Myriam Frey Schär, Laura Gantenbein, Daniel Urech (8)

Stellungnahme RR: 10.09.2024 (schriftlich)

I 140/2024 (DDI)

Interpellation Fraktion SVP: Stand Islamismus und Antisemitismus im Kanton Solothurn (03.07.2024)

Seit dem Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 sind nicht nur in Europa die Zahlen betreffend antisemitische Übergriffe explodiert, auch in der Schweiz war und ist eine massive Zunahme zu verzeichnen. An unzähligen Demonstrationen wurden offen antisemitische und pro-palästinensische Parolen gerufen, Universitäten besetzt etc.

In diversen Kantonen wurden deshalb zusätzliche spezielle Meldestellen eingerichtet und diese werden auch rege genutzt. Beispielsweise auch im Kanton Zürich, wo eine Meldestelle im März 2024 eingerichtet wurde, nachdem ein 15-Jähriger einen Juden in Zürich niederstach und sich zum IS bekannte.

Im Kanton Aargau weisen die Behörden auf eine erhöhte Terrorgefahr an Gymnasien und Berufsschulen hin und fordern auf, wachsam zu sein und islamistische Radikalisierungstendenzen zu melden.

Im Kanton Solothurn wurde das Thema Radikalisierung schon vor rund fünf Jahren aufgenommen und eine Koordinationsstelle dazu geschaffen, sogenannte Brückenbauer bei der Polizei eingesetzt, YouTube-Videos «Zusammen sicher in der Schweiz» der Kapo Bern verlinkt etc.

Ebenso findet sich im neuesten Bericht des Bundesrates zur Bedrohungslage der Schweiz folgendes Zitat: «Spontane Gewaltakte mit einfachen Mitteln, verübt von dschihadistisch inspirierten Einzeltäterinnen und -tätern oder Kleingruppen, bleiben das wahrscheinlichste Bedrohungsszenario in der Schweiz. Allerdings sind auch Grossveranstaltungen beziehungsweise publikumswirksame Anlässe für Dschihadisten attraktive Gelegenheiten, um Anschlagsabsichten umzusetzen.»

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie erachtet die Regierung die aktuelle Situation betreffend Antisemitismus und Islamismus/Radikalisierung im Kanton Solothurn?
2. Wie beurteilt man die Wirkung der Koordinationsstelle Radikalisierung im Kanton Solothurn und gibt es Statistiken dazu?
3. Gibt es Statistiken zum Thema Gefährder im Kanton Solothurn und aus welchem «Metier» diese stammen (links-/rechtsextrem, islamistisch, Reichsbürger etc.)?
4. Fällt die in einer anderen Interpellation erwähnte gewalttätige, linksextreme Szene im Kanton Solothurn ebenfalls mit antisemitischen Aktionen auf?
5. Welche Aussagen kann der Regierungsrat zur Entwicklung des Gefährdungspotenzials der islamistischen Aktivitäten machen?

6. Befinden sich aktuell Moscheen/Gebetsräume im Kanton Solothurn unter Beobachtung durch die Polizei respektive Fedpol/NDB?
7. Gibt es Personen, Gebäude oder Räume, welche aktuell im Kanton Solothurn besonders vor Extremisten geschützt werden müssen?
8. Wie viele Personen werden im Kanton Solothurn insgesamt von den Polizei- und Sicherheitsbehörden als islamistische Gefährder und relevante Personen aus dem islamistisch-terroristischen Spektrum eingestuft?
9. Wie hat sich das Mittel der «Präventionsgespräche» zahlenmässig entwickelt? Gibt es dazu Statistiken aufgeschlüsselt nach den Gründen, welche zu einem Gespräch bei der Polizei führten?

Begründung 03.07.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Beat Künzli, 2. Richard Aschberger, 3. Thomas Wenger, Matthias Borner, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Christine Rütli, Thomas von Arx (16)

Stellungnahme RR: 17.09.2024 (schriftlich)

I 144/2024 (DDI)

Interpellation Matthias Meier-Moreno (Die Mitte, Grenchen): Ist in der Überprüfung der soH auch die Nachfolgelösung der stationären und ambulanten Kinder- und Jugendpsychiatrie enthalten? (03.07.2024)

Am 18. Mai 2024 konnte man dem Interview mit Regierungsrätin Susanne Schaffner (Grenchner Tagblatt) entnehmen, dass zurzeit die Solothurner Spitäler AG (soH) unter die Lupe genommen und einer genauen Analyse unterzogen wird: «Wie sieht der Bedarf der Bevölkerung aus, wie ist die soH aufgestellt und welche Leistungen sollen künftig angeboten oder nicht mehr angeboten werden?». Gestützt auf diese Auslegeordnung sollen Massnahmen getroffen werden, welche Auswirkungen auf die umliegenden Kantone haben können. Dies mit dem Ziel, die Leistungsaufträge möglichst in der Region oder in der nahen Umgebung zu behalten.

Bis ins Jahr 2020 gehörte auch die stationäre Kinder- und Jugendpsychiatrie mit 18 Betten zur soH, welche durch die Neuorganisation/-ausrichtung «unbefragt» geschlossen wurde. Ausgebaut wurde dafür das ambulante Angebot sowie die Auslagerung respektive die Zusammenarbeit mit den universitären psychiatrischen Kliniken Basel, der Psychiatrie Baselland und den universitären psychiatrischen Diensten Bern, welche die stationäre kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung für unsere Kinder und Jugendlichen sichern sollen.

Wer aufmerksam die Zeitung liest, der stösst immer wieder auf negative Meldungen, welche den grossen Mangel an stationären Angeboten für Kinder und Jugendliche aufzeigt, sowie lange Wartezeiten und die fehlenden ambulanten Therapieplätze bemängelt. Die Einflussfaktoren «psychische Probleme bei Kindern und Jugendlichen», «zunehmende Komplexität der Fälle» sowie «gesellschaftliche Veränderungen» wirken sich nach Ansicht der Fachpersonen auf den ganzen Angebotsbereich aus und führen prospektiv zu einer Zunahme des Bedarfs.

Dies ist nicht nur ein Solothurner, sondern ein gesamtschweizerisches Problem, insbesondere verursacht durch den Fachkräftemangel. Daher drängt sich eine überregionale Zusammenarbeit auf, welche aber im Falle der stationären Kinder- und Jugendpsychiatrie mehr schlecht als recht funktioniert und klaren Handlungsbedarf aufweist.

Im Rahmen der oben genannten Analyse, ist nun der Moment und die Zeit, Bilanz zu ziehen, dabei gehört die Kinder- und Jugendpsychiatrie auch dazu, weshalb ich folgende Fragen an den Regierungsrat richten möchte:

1. Ist das Angebot der soH, «stationäre und ambulante» Kinder- und Jugendpsychiatrie, auch Bestandteil der soH Analyse? Wenn ja, was genau wird analysiert und wenn nein, weshalb wird dies nicht analysiert?

2. Frau Schaffner moniert, dass Leistungsaufträge möglichst in der Region bleiben sollen. Da stellt sich die Frage, warum die stationäre Kinder- und Jugendpsychiatrie in andere Kantone ausgelagert wurde. Ausgerechnet eine Fachdisziplin, bei welcher der Einbezug des Umfelds in die Behandlung von grundlegender Bedeutung ist. Die soH-eigene kinder- und jugendpsychiatrische Tagesklinik Solothurn (KJPK) bot über viele Jahre eine gute Versorgung für diese Altersgruppe an und fungierte als wichtiger Ausbildungsort für angehende Fachärzte und -ärztinnen, Fachpsychologen und -psychologinnen, Pflegefachpersonen, Sonderpädagogen und -pädagoginnen und Sozialpädagogen und -pädagoginnen. Diese Fachleute fehlen in der Region nun in eklatanter Art und Weise, nachdem die Klinik schliessen musste. Urplötzlich hatte es einen Exodus des Kaderpersonals gegeben, welcher möglicherweise bei genauer Analyse der Ursachen hätte vermieden werden können. Die Ersatzlösung überzeugt nicht, wie die monatelangen Wartezeiten für die nun ausserkantonale eingekauften stationären Behandlungen zeigen. Die perfekte Infrastruktur für eine kantonale-solothurnische Klinik wäre nach wie vor vorhanden, darum folgende Frage: Wird nun geprüft, ob angesichts der fehlenden Plätze in Bern, Baselland und Baselstadt der Leistungsauftrag zurückgeholt werden kann und ob eventuell sogar Plätze für die umliegenden Kantone angeboten werden können?
3. Wie sieht der Bedarf der Bevölkerung aus? Die soH unternimmt Anstrengungen im halb-ambulantenteilstationären Bereich: Die KJPK in Solothurn ist ausgelastet, die Eröffnung einer Tagesklinik in Olten ist angedacht. Auch gibt es eine Familien aufsuchende Equipe für Unterstützung vor Ort. Ambulante Behandlungsplätze gibt es aber viel zu wenige. Die Praxen der niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychiater und -psychiaterinnen und -psychologen und -psychologinnen werden überschwemmt von Anfragen. Die meisten sind auf viele Monate hinaus so pumpenvoll, dass sie gar keine Wartelisten mehr führen. Diese grosse – auch in den Medien wiederholt geschilderte – Not betrifft nicht nur den Kanton Solothurn. Es fehlt schweizweit an Fachleuten, vor allem an Ärzten und Ärztinnen, weil zu wenige ausgebildet wurden. Diejenigen, die es gibt, lassen sich bevorzugt in grossen Zentren nieder. Als nichtuniversitärer Kanton muss der Kanton Solothurn mehr unternehmen als andere, um attraktive Arbeitsbedingungen zu bieten. Was planen die soH und der Kanton zur Verbesserung der prekären Versorgungslage?
4. Wie ist die soH aufgestellt? Die soH-Ambulatorien der Kinder- und Jugendpsychiatrie müssen die Patienten und Patientinnen, ihre Familien und das schulische Umfeld wohnortsnah behandeln und unterstützen können, also regional gut erreichbar sein. Angesichts des oben beschriebenen Mangels besteht die Gefahr, dass ohne gezielte Inkonvenienzentschädigung für Stützpunkte, wie zum Beispiel Balsthal, nicht mehr genügend Fachpersonal gefunden werden kann, was für die Versorgung fatal wäre. Welche Massnahmen sind vorgesehen, um eine regionale Minderversorgung zu vermeiden?
5. Welche Leistungen soll die soH künftig anbieten und welche allenfalls nicht mehr? In der Kinder- und Jugendpsychiatrie braucht es fraglos mehr Leistungen und nicht weniger. Was braucht die Regierung vom Kantonsrat, um die erforderlichen Mehrleistungen zusammen mit der soH umsetzen zu können?
6. Im Zusammenhang mit der Schliessung der KJPK und der neu aufgegleisten Zusammenarbeit konnte den Medien entnommen werden, dass mit den universitären psychiatrischen Kliniken Basel, der Psychiatrie Baselland und den universitären psychiatrischen Diensten Bern, 20 freie Plätze für unsere Kinder und Jugendlichen versprochen wurden. Dies stellte sich nun im Nachhinein als eine leere Versprechung heraus. Weshalb wurden nicht wie versprochen je zehn Plätze in Bern und zehn Plätze in Basel in den ausserkantonalen Kliniken zur Verfügung gestellt?

Begründung 03.07.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Matthias Meier-Moreno, 2. Simone Rusterholz, 3. Richard Aschberger, Johanna Bartholdi, Samuel Beer, Remo Bill, Hubert Bläsi, Matthias Borner, Anna Engeler, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Patrick Friker, Kuno Gasser, Thomas Giger, Christian Ginsig, Fabian Gloor, Michael Grimbichler, David Häner, Christian Herzog, Nicole Hirt, Stefan Hug, Karin Kissling, Susanne Koch

Hauser, Kevin Kunz, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Thomas Lüthi, Rebekka Matter-Linder, Pierino Menna, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Angela Petiti, Stephanie Ritschard, Patrick Schlatter, Sarah Schreiber, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Jonas Walther, Sabrina Weisskopf, Marie-Theres Widmer, André Wyss (48)

Stellungnahme RR: 27.08.2024 (schriftlich)

I 150/2024 (FD)

Interpellation Marie-Theres Widmer (Die Mitte, Steinhof): Bezahlen mit Bargeld im öffentlichen Raum muss möglich bleiben (03.07.2024)

In unserer Gesellschaft wird der bargeldlose Verkehr immer wichtiger. Es gibt aber Menschen, die nach wie vor mit Bargeld bezahlen wollen oder auf die Möglichkeit der Bezahlung mit Bargeld angewiesen sind, weil sie es schlichtweg nicht anders können.

Schockierte Personen aus der Solothurner Bevölkerung erzählten mir Folgendes: Eine Frau konnte das öffentliche WC des Bahnhofs Olten erst benutzen, nachdem ihr jemand mit einer bargeldlosen App den Eintritt bezahlt hatte. Andere konnten aus dem gleichen Grund das SBB-Schliessfach (Bahnhof Solothurn) für die Zwischenlagerung ihres Gepäcks nicht nutzen. Jemand erhielt eine Parkbusse, weil die Parkuhr des Parkings der Solothurnerseite der SBB-Solothurn nur per App oder mit Karte funktioniert – eine Barzahlung war unmöglich.

Der Kanton Solothurn versucht, mit diversen Massnahmen Menschen mit Beeinträchtigung zu inkludieren. Nun macht es den Anschein, dass eine neue Zweiklassengesellschaft entsteht: Die Gesellschaft der digital-affinen und der digital-nicht-affinen Menschen. Es lohnt sich, hier genau hinzuschauen. Denn Hilflosigkeit, Ohnmachtsgefühle bis hin zur Armut könnten die Folge sein, wenn sich Betroffene wegen der digitalen Entwicklung von wichtigen Leistungen unserer Gesellschaft ausgeschlossen fühlen, da sie selbst dieser digitalen Entwicklung nicht folgen können oder wollen. Dies könnte unseren Staat teuer zu stehen kommen.

Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft muss der Kanton seiner Bevölkerung jetzt und in Zukunft beide Varianten anbieten können.

Es stellen sich deshalb folgende Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung diese Situation im Kanton Solothurn?
2. Wie will die Regierung sicherstellen, dass alle Menschen im öffentlichen Raum entscheiden können, ob sie mit oder ohne Bargeld bezahlen wollen?
3. Was unternimmt der Kanton konkret, damit das Thema «Zahlen mit oder ohne Bargeld» zu keiner Zweiklassengesellschaft führt?

Begründung 03.07.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marie-Theres Widmer, 2. André Wyss, 3. Tamara Mühlemann Vescovi, Remo Bill, Anna Engeler, Simon Esslinger, Patrick Friker, Laura Gantenbein, David Gerke, Michael Grimbichler, Urs Huber, Stefan Hug, Karin Kälin, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Angela Petiti, Patrick Schlatter, Sarah Schreiber, John Steggerda, Thomas Studer, Daniel Urech, Jonas Walther, Nicole Wyss (25)

Stellungnahme RR: 20.08.2024 (schriftlich)

I 154/2024 (BJD)

Interpellation Janine Eggs (Grüne, Dornach): Hat der Kanton Solothurn eine gesamtheitliche Strategie zur Förderung des Baustoffkreislaufs? (03.07.2024)

Das grosse Potenzial des Baustoffkreislaufs wird noch viel zu wenig genutzt. In der Bauwirtschaft sind der Ressourcenbedarf und das Abfallaufkommen hoch. Für eine nachhaltige Zukunft ist der Baustoffkreislauf elementar, insbesondere auch mit Blick auf die graue Energie. Nur wenn Kreisläufe geschlossen sind, werden weniger Primärrohstoffe verbraucht und es wird weniger Deponieraum beansprucht. Das ist aus Sicht der endlichen Ressourcen und des knappen Bodens zentral. Gemäss der Nachführung 2022 der Abfallplanung des Kantons Solothurn sind nur rund ein Viertel der verbauten Baustoffe Sekundärbaustoffe und die abgelagerten Mengen in den Deponien Typ B sind mit über 300'000 Tonnen jährlich heute und künftig sehr hoch.

Eines der Ziele der Nachführung 2022 der Abfallplanung des Kanton Solothurn ist die Förderung des Baustoffkreislaufes und auch die auf Bundesebene angenommene parlamentarische Initiative «Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken» beinhaltet die Förderung des Baustoffrecyclings und die Orientierung der Bauwirtschaft an ökologischen Prinzipien. Die Kantone sind entsprechend in der Umsetzung gefordert.

Trotzdem geht die aktuelle Entwicklung nur langsam in die gewünschte Richtung, u.a. weil Deponieraum günstig, Preise für Primärrohstoffe tief und die Aufbereitung vergleichsweise teuer ist und weil der Absatzmarkt zu wenig etabliert resp. die Verwendung von Recyclingbaustoffen und die Wiederverwendung von Bauelementen zu wenig verankert ist. Vorgaben zum nachhaltigen Bauen sind nicht ausreichend und Recyclingbaustoffe kämpfen mit Imageproblemen.

Es zeigt sich, dass einzelne punktuelle Massnahmen nicht ausreichen, sondern es muss flächendeckend angesetzt werden, damit die Gesamtheit der Massnahmen die nötige Wirkung hat. Im Kanton Solothurn widmet sich die Nachführung der Abfallplanung 2022 und einzelne Massnahmen im Massnahmenplan Klimaschutz dem Thema. Um den Baustoffkreislauf möglichst zu schliessen, braucht es aber eine gesamtheitliche Strategie, gute Rahmenbedingungen, gemeinsame Ziele und einen gemeinsamen Weg von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Ein gutes Beispiel zeigt sich beim Blick über die Kantonsgrenze: Die Kantone Baselland und Baselstadt gehen aktiv voran und haben mit den betroffenen Verbänden eine gemeinsame Strategie, Massnahmen und gesetzliche Grundlagen geschaffen, um den Baustoffkreislauf zu fördern. Unter anderem sollen die deponierten Baustoffe bis 2030 um ein Drittel reduziert werden.

Auch im Kanton Solothurn besteht Potenzial zur besseren Schliessung des Baustoffkreislaufs. Mögliche Massnahmen wären beispielsweise eine noch stärkere Vorbildfunktion des Kantons, Einführung von Deponieabgaben, verbesserte Rahmenbedingungen für Aufbereitungs- und Waschanlagen, weitere Stärkung des kommunalen Vollzugs betreffend Baustoffverwertung, Rückbaubewilligungspflichten und die Förderung der Wiederverwertung von Bauteilen. Von geschlossenen Kreisläufen profitieren nicht nur Umwelt und Klima, sondern auch die Solothurner Wirtschaft erhält neue Anreize für Innovation und lokale Wertschöpfung.

Die Regierung wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat der Kanton Solothurn eine Gesamtstrategie, wie der Baustoffkreislauf geschlossen und die Menge an deponiertem Material vermindert werden kann, analog den Kantonen Baselland und Baselstadt?
2. Wie steht die Regierung dazu, mit Verbänden, Baubranchen und weiteren wichtigen Akteuren eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten?
3. Was sieht die Regierung für Möglichkeiten, dass Recyclingprodukte markttauglich werden, resp. wie können die Rahmenbedingungen für die Anbietenden von Recyclingbaustoffen verbessert und die Nachfrage gesteigert werden? Wären Massnahmen wie Förderung von Aufbereitungsanlagen, Abnahmeverträge, Lenkungsabgaben, o.ä. denkbar?

4. Wie kann der Kanton Solothurn die direkte Wiederverwendung von Bauteilen und Baustoffen fördern? Werden Massnahmen wie Information, Verwendung bei eigenen Bauvorhaben, vermehrte Klassierung von Bauteilen bei Abbrüchen, Unterstützung von Bauteilbörsen, Sicherstellen/Zertifizieren der Bauteilqualität als zielführend erachtet? Welche anderen Anreize können gesetzt werden, damit vermehrt Produkte auf den Markt kommen, die wieder instand gestellt oder wiederverwendet werden können?
5. Gemäss Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (VVEA) Art. 17 sind stofflich verwertbare Abfälle auf der Baustelle möglichst sortenrein zu trennen. Sortenreine Produkte können meist günstiger recycelt werden, während bei Stoffgemischen der (finanzielle) Aufwand höher oder ein Recycling nicht möglich ist. Das Baustelleninspektorat leistet wertvolle Unterstützung für den Vollzug in den Gemeinden. Ist diese Unterstützung ausreichend oder inwiefern wären weitergehende Massnahmen notwendig, um die sortenreine Trennung überall konsequent zu vollziehen?
6. In der Baustoffrecycling-Strategie (2016) wurde erkannt, dass bezüglich Recyclingstoffen Wissen fehlt, resp. Falschwissen besteht. Hat sich die Situation mit den ergriffenen Massnahmen (Broschüren und Schulungen) wesentlich verbessert oder sind weitere Massnahmen angedacht?
7. Gemäss der Nachführung der Abfallplanung 2022 wurde Massnahme 9 aus der Baustoffrecycling-Strategie (2016) umgesetzt. Diese sah vor, dass Grundsätze zur Systemtrennung (Vermeidung von Verbundsystemen) geschaffen und umgesetzt werden. Sind die Resultate befriedigend oder braucht es weitergehende Massnahmen?
8. Gemäss Nachführung der Abfallplanung 2022 ist Bedarf vorhanden für eine Anlage zur Behandlung von höher belasteten Bauabfällen. Inwiefern gedenkt der Regierungsrat, diesen Bedarf zu decken?
9. Der Kanton Baselland hat im November 2023 die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung einer Lenkungsabgabe für Bauabfälle (Gebühr für Deponien Typ B) geschaffen. Im Kanton Solothurn war diese Massnahme bereits Teil der Strategie 2016 und wird auch in der Nachführung 2022 genannt. Darf entsprechend davon ausgegangen werden, dass eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen nun erfolgt?

Begründung 03.07.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Janine Eggs, 2. Marlene Fischer, 3. David Gerke, Markus Ammann, Remo Bill, Anna Engeler, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Philipp Heri, Nicole Hirt, Karin Kälin, Thomas Lüthi, Rebekka Matter-Linder, Angela Petiti, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Daniel Urech, Jonas Walther, Nicole Wyss (23)

Stellungnahme RR: 22.10.2024(schriftlich)

I 155/2024 (DBK)

Interpellation Laura Gantenbein (Grüne, Solothurn): Prävention mit Sexualkundeunterricht an der Volksschule (03.07.2024)

Eine altersgemässe, ganzheitliche und umfassende Sexualkunde ist Bestandteil des Lehrplans 21 (LP 21). Schüler und Schülerinnen haben ein Recht auf gesicherte Informationen in Bezug auf sexuelle und psychische Gesundheit.

Leider ist die ganze Thematik noch immer sehr tabuisiert, auch wenn die Gesellschaft als Ganzes offener mit Sex, Geschlecht, Fortpflanzung und Wünschen, Vorlieben und Orientierungen umgeht. Sexualkundeunterricht ist deshalb wichtig, um bereits Kindern oder angehenden Teens den Umgang mit dem eigenen Körper und demjenigen des Gegenübers zu lernen. Dies kann nicht früh genug passieren und wird bereits an vielen Schulen mit dem Konzept «Mein Körper gehört mir» thematisiert. Dieses Konzept zielt aber vorgängig auf die jüngeren Kinder ab (Zyklus 1) und verfolgt das Ziel «Kindesmissbrauch vorzubeugen».

Um auch im zweiten oder dritten Zyklus einen qualitativ hochwertigen Sexualkundeunterricht gemäss Lehrplan 21 sicherzustellen, muss es möglich sein, dass der Sexualkundeunterricht professionalisiert und von externen Fachpersonen durchgeführt werden kann. In der Westschweiz ist dieses Modell bereits seit vielen Jahren erfolgreich und fest verankert. Die Finanzierung spielt hier eine essenzielle Rolle, denn professionelle Workshops sind oft teuer und müssen mangels übergeordneter Präventionskonzepte über das Klassenbudget gezahlt werden.

Solche Workshop-Kosten in diesem Themenbereich variieren zwischen 450 Franken für einen Morgen (vier Lektionen) bis zu 1200 Franken für sieben Lektionen und einen Elternabend, je nach Anbieter. Klassenbudgets variieren von Gemeinde zu Gemeinde.

Die Kinder von heute erreichen die Pubertät früher als in den vorhergehenden Generationen und sind früher damit konfrontiert, vor allem über den Umstand, dass Fernsehen und vor allem die Bildschirmzeit enorm gestiegen ist.

Umgang mit Pornografie und anderen verstörenden Inhalten auf den sozialen Medien benötigen auch ein Gefäss und Einordnung. Auch dazu kann qualitativ hochstehender Sexualkundeunterricht führen.

Präventionskonzepte zu diesen Themen müssten aber eigentlich von allen Schulträgern erarbeitet und ausgeführt werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat, uns folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie wird sichergestellt, dass Sexualprävention in allen Schulen des Kantons einen hohen Stellenwert erlangt?
2. Wie wird sichergestellt, dass alle Schüler und Schülerinnen einen zeitgemässen, ganzheitlichen, antidiskriminierenden und professionellen Sexualkundeunterricht erhalten?
3. Wie kann der Sexualkundeunterricht im Kanton Solothurn gemäss dem Westschweizer Modell professionalisiert werden? Welche Fachorganisationen im Bereich Sexualkunde unterstützt der Kanton aktuell finanziell, respektive mit welchen besteht eine Zusammenarbeit?
4. Welche Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote (z.B. durch externe Fachorganisationen) speziell zu den Themen sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität aber eben auch zu allgemeinem Sexualkundeunterricht bestehen für Lehrpersonen und Schulleitungen im Kanton Solothurn und wie werden diese unterstützt?
5. Mit welchen Massnahmen kann der Kanton hier die Gemeinden/Schulträger unterstützen?
6. Wie kann sichergestellt werden, dass die Kapazität der kantonseigenen Projekte zu diesen Themen genug gross ist (hebsorg.ch)?
7. Welche Auflagen liegen vor zu diesen Themen, ausserhalb des LP 21?
8. Wie wird die Umsetzung von Präventionskonzepten im Kanton sichergestellt?

Begründung 03.07.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Laura Gantenbein, 2. Anna Engeler, 3. Daniel Urech, Janine Eggs, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, David Gerke, Christof Schauwecker (9)

Stellungnahme RR: 10.09.2024 (schriftlich)

I 169/2024 (DBK)

Interpellation Fraktion SP/Junge SP: Vielfalt der Schwerpunktfächer an den Kantonsschulen Solothurn und Olten sichern (04.09.2024)

Im Rahmen der Reform «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität» (WEGM) ergeben sich einige Änderungen. So sollen die gymnasialen Lehrgänge auf eine Mindestdauer von vier Jahren festgelegt werden, es ergeben sich verschiedene qualitätssteigernde Elemente, die Kompetenzen in der Unterrichtssprache und in Mathematik werden gestärkt, Informatik und Wirtschaft und Recht werden zu Grundlagefächern und der Katalog der Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer wird geöffnet. Soweit die Veränderungen auf Bundesebene. Für die Ausbildungsangebote der Maturitätsschulen in den Grundlagen-, Schwerpunkt- und Ergänzungsfächern sind die Bestimmungen der Kantone massgebend.

Für die Umsetzung auf Kantonsebene ist nun ein operativer Prozess in Gang, der Fragen offen lässt und zu grosser Unsicherheit führt. So soll zum Beispiel die Anzahl der Schwerpunktfächer in Olten von zehn auf sechs und in Solothurn von zehn auf sieben reduziert werden. Dies paradoxerweise gleichzeitig zu einer wachsenden Schülerzahl. Dieses Vorgehen kann klar als Bildungsabbau verstanden werden und einige Fächer geraten dadurch in Bedrängnis.

Momentan geben Arbeitsgruppen der Fachschaften ihre Eingaben ein und argumentieren, weshalb «ihre» Fächer weiterhin als Schwerpunktfächer angeboten werden müssten. Dieses Vorgehen ist bedenklich und führt dazu, dass wichtige Fächer gegeneinander ausgespielt werden.

Es liegt zum Beispiel auf der Hand, dass es zwischen Musik und Bildnerischem Gestalten (BG) zu einem Seilziehen kommen wird. Bereits wurde kommuniziert, dass Musik am Standort Olten höchstwahrscheinlich nicht mehr angeboten werde. Gleichzeitig werden die Fremdsprachen-Fächer Abstriche machen müssen.

Für die Sekundarstufe I hätte ein Abbau musischer und sprachlicher Fächer massive negative Auswirkungen. Viele Lehrpersonen haben in ihrem Bildungsgang an der Kantonsschule einen entsprechenden Schwerpunkt gewählt. Wird wie im erwähnten Beispiel Musik und BG nur noch an einem Standort angeboten, hat dies direkten Einfluss auf die Ausbildung der Lehrpersonen für die Sekundarstufe I. Analog gilt dies für andere Fächer.

Die bereits vorgegebenen Fächer, die weiterhin als Schwerpunkte gesetzt sind, sind vor allem MINT-Fächer.

Die Fraktion der SP/Junge SP ist klar der Meinung, dass eine breite Vielfalt an Schwerpunktfächern an beiden Standorten der Kantonsschulen gesichert werden muss und auch die Möglichkeit für Innovationen genutzt werden soll. Wenn Schwerpunktfächer weggestrichen werden, führt dies zu einem einseitigen Bildungsangebot.

Die Bandbreite, wie sie heute besteht, kann als Errungenschaft angesehen werden. Diese im Zuge dieser Reform zunichte zu machen, wäre ein grosser Rückschritt. Zudem wirft der vorgegebene Findungsprozess Fragen auf. Selbst wenn das Vorgehen grundsätzlich operativ verstanden werden kann, sollte die Legislative einbezogen werden. Die Politik kann für die Umsetzung solcher richtungsweisenden Themen nicht aussen vor gelassen werden.

Aus den beschriebenen Gründen bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie war das Vorgehen nach dem Regierungsratsbeschluss vom 23. April 2024?
2. Auf welchen Grundlagen basiert der Entscheid, die Schwerpunktfächer einschneidend zu reduzieren? Welche pädagogischen Überlegungen führten zu dieser Entscheidung?
3. Warum sind gewisse Schwerpunktfächer per se vorgegeben, während dem sich andere einem regelrechten Seilziehen unterziehen müssen? Hat dies ausschliesslich mit den Schülerzahlen zu tun?

4. Wie gedenkt der Regierungsrat die Vielfalt der Schwerpunktfächer an beiden Standorten zu sichern?
5. Im Regierungsratsbeschluss ist unter Punkt 2.3.4 beschrieben, dass an beiden Standorten die identische Stundentafel gegeben ist, ausser bei den Schwerpunktfächern. Wie ist dies zu begründen?
6. Welche Auswirkungen wird die Reduktion der Schwerpunktfächer auf die Bildungsqualität haben?
7. Hat die Regierung keine Bedenken, dass diese Vorgehensweise zu einem Nachteil für die musischen und sprachlichen Fächer sowie auch für den Sport und Geschichte führen wird?
9. Was wird sich konkret ändern betreffend Promotionsfächer?
10. Wie wird die Bildungs- und Kulturkommission (BIKUKO) im weiteren Vorgehen miteinbezogen werden?
11. Welche Folgen hat diese Umsetzung der Matura-Reform auf die Sekundarstufe I, insbesondere auf die Ausbildung der Lehrpersonen für diese Stufe?
12. Wo steht der Kanton Solothurn mit der Reduktion der Schwerpunktfächer im kantonalen Vergleich?
13. Inwiefern kann sich die Regierung eine Verbesserung der Standortattraktivität bezüglich WEGM vorstellen? Welche Innovationen sind möglich?

Begründung 04.09.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Angela Petiti, 2. Silvia Fröhlicher, 3. Philipp Heri, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Esslinger, Simon Gomm, Urs Huber, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Matthias Racine, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (19)

Stellungnahme RR: 12.12.2024 (schriftlich)

I 171/2024 (DBK)

Interpellation Daniel Urech (Grüne, Dornach): Schwerpunktfach Latein: Latinum im Latrinam? Quidquid agis, prudenter agas et respice finem! (04.09.2024)

Es steht zur Debatte, dass im Zuge einer Revision der Rechtsgrundlagen zur Maturität das Schwerpunktfach Latein von den Gymnasien unseres Kantons verschwindet. Das wäre ein massiver Verlust für den Bildungsstandort und eine schmerzhaft Reduktion des Bildungsangebots für die jungen Menschen in unserem Kanton. Lateinunterricht kann Schülern und Schülerinnen Perspektiven eröffnen und Kompetenzen vermitteln, die ihnen Orientierung in der Welt der Sprachen und der Geschichte unserer Zivilisation bieten. Ausserdem sind für verschiedene Studiengänge Lateinkenntnisse notwendig, welche für Studierende mit einer Maturität mit Schwerpunktfach Latein als anerkannt gelten, während Studierende ohne die entsprechende Vorbildung eine gehetzte Schnellbleiche an der Universität absolvieren müssen.

Die Kantonsschule Solothurn preist das Schwerpunktfach Latein auf der Website des Kantons unter anderem mit folgenden Worten an: «Latein ist etwas Besonderes. Heute mehr denn je. Im Lateinunterricht lernst du Sprachen zu vernetzen. Aber nicht nur das. Du schärfst auch deine Zunge. Du lernst, wie man Fakten gekonnt ins richtige Licht setzt. Rhetorik nennt man diese Disziplin. Latein am Gymnasium bedeutet: Sprachunterricht und Kulturgeschichte, Mythologie und Philosophie, Literatur und Archäologie. Der Lateinunterricht öffnet dir einen Horizont von mehr als zweitausend Jahren. Du lernst Weltentwürfe und Menschenbilder aus der Antike und aus der Neuzeit kennen.»

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Quid?
2. Stimmt der Regierungsrat der Anpreisung von Latein als Schwerpunktfach zu, wie sie auf der Website des Kantons zu finden ist?

3. Welchen Wert misst der Regierungsrat der Möglichkeit bei, dank dem Schwerpunktfach Latein im Rahmen gymnasialer Bildung einen profunden Einblick in die Struktur von Sprachen generell und in die Geschichte und Philosophie der westlichen Zivilisation zu gewinnen?
4. Welches Sparpotenzial wäre mit einer Abschaffung des Schwerpunktfachs Latein verbunden?
5. Welche Gründe sprechen für, welche gegen die Abschaffung des Schwerpunktfachs Latein an den Solothurner Gymnasien?
6. Welche anderen Kantone der Deutschschweiz bieten derzeit keine Möglichkeit der Maturität mit Schwerpunktfach Latein mehr an?
7. Lädt nicht der Umstand, dass es im Kanton Solothurn lediglich zwei Gymnasien mit jeweils relativ hoher Schülerzahl gibt, dazu ein, eine attraktive und vielfältige Auswahl von Schwerpunktfächern anzubieten?
8. Wie wird der Kantonsrat in die Entscheidung über die Schwerpunktfächer einbezogen?

Begründung 04.09.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Myriam Frey Schär, 3. Janine Eggs, Johannes Brons, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, David Gerke, Nicole Hirt, Rebekka Matter-Linder, Stefan Nünlist, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Markus Spielmann, Christian Thalmann (17)

Stellungnahme RR: 12.12.2024 (schriftlich)

214/2024 (BJD)

Interpellation Marlene Fischer (Grüne, Olten): Update zu per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) im Kanton Solothurn? (05.11.2024)

Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) – sogenannte Ewigkeitschemikalien oder «forever chemicals» – sind überall. In den 1940er-Jahren entwickelt, kommen sie bereits seit Jahrzehnten in allen möglichen Bereichen zum Einsatz: beispielsweise in Feuerlöschschäumen, Bratpfannen oder Imprägniermitteln. Durch industrielle Prozesse, aber auch durch Düngung mit kontaminiertem Klärschlamm oder Feuerwehübungen gelangen PFAS in die Umwelt. Von der Umwelt gelangen sie via Trinkwasser und Nahrungsmittel in die menschlichen Körper, wo sie bei jedem Menschen im Blut zu finden sind.

PFAS machen aktuell fast überall in der Schweiz Schlagzeilen: Fast täglich gibt es Meldungen, dass die Stoffgruppe der «Ewigkeitschemikalien» in Lebensmitteln, Böden oder im Trinkwasser festgestellt wurde. Sei es in Fleisch und Fisch in St. Gallen oder den beiden Basel. Immer mehr Kantone führen Untersuchungen auf PFAS durch – zuletzt hat der Kanton Bern Bodenuntersuchungen wegen Klärschlamm angekündigt.

Dabei ist die Erkenntnis, dass PFAS in der Umwelt ein Problem sein könnten, nicht so neu, wie es in den Medien scheint: Schon 2007/2008 wurde in der Schweiz das Grundwasser im Rahmen der Nationalen Grundwasserbeobachtung (NAQUA) auf PFAS untersucht. Schon damals wurden in 21 der 49 beprobten Messstellen PFAS festgestellt⁵. 2019 fand in Solothurn ein erstes Symposium von Fachleuten zum Thema PFAS statt.

Mit I 0220/2021 «Interpellation Marlene Fischer (Grüne, Olten): Per- und Polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) im Kanton Solothurn?» (10.11.2021) wurde bei der Regierung im Jahr 2021 nach Wissensstand und Handlungsbedarf bezüglich PFAS gefragt. Damals schätzte die Regierung den Wissensstand gering ein und man konnte den Handlungsbedarf nicht einschätzen.

In der Zwischenzeit haben Kantone, die proaktive PFAS-Untersuchungen eingeleitet haben, Erfahrungen mit PFAS gesammelt. Aber auch der Kanton Solothurn wurde bei der Stadtmistsanierung von PFAS «überrascht».

Bei der Bevölkerung im Kanton Solothurn herrscht Verunsicherung. Wie bei uns der Wissensstand und der Handlungsbedarf bezüglich PFAS aussieht, ist der Öffentlichkeit wenig bekannt.

Der Regierungsrat wird deshalb um ein Update zu folgenden Fragen gebeten:

1. Was ist bekannt über PFAS-Verschmutzung in der Umwelt? Insbesondere im Grundwasser, Oberflächengewässer und Boden («Humus») im Kanton Solothurn?
2. Was ist bekannt über die PFAS-Verschmutzung des Trinkwassers im Kanton Solothurn?
3. Was ist bekannt über die PFAS-Verschmutzung in Lebensmitteln im Kanton Solothurn?
4. Was ist bekannt über mögliche PFAS-Quellen im Kanton Solothurn? Insbesondere Feuerwehrübungsplätze, Klärschlammasbringung, ARAs und Industrie?
5. Wie schätzt die Regierung den aktuellen Wissensstand bezüglich PFAS im Kanton Solothurn ein?
6. Was wird aktuell hinsichtlich der PFAS-Verschmutzung im Kanton Solothurn unternommen? Welchen weiteren Handlungsbedarf sieht die Regierung?
7. Welche finanziellen Risiken bergen PFAS für den Kanton Solothurn?
8. Wie plant die Regierung, die Öffentlichkeit über PFAS zu informieren?

Begründung 05.11.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Laura Gantenbein, 3. Christof Schauwecker, Melina Aletti, Markus Ammann, Remo Bill, Anna Engeler, Simon Esslinger, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Christian Ginsig, Philipp Heri, Karin Kälin, Thomas Lüthi, Rebekka Matter-Linder, Angela Petiti, Matthias Racine, John Steggerda, Mathias Stricker, Daniel Urech, Nicole Wyss (22)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 216/2024 (BJD)

Interpellation Matthias Anderegg (SP, Solothurn): Einspracheverfahren bei Planungs- und Bauvorhaben (06.11.2024)

Die Schweizer Stimmbevölkerung hat sich am 3. März 2013 für die Revision des Raumplanungsgesetzes ausgesprochen. Damit kann die Zersiedelung gebremst werden. Die Revision stoppt Landverschleiss, gewährleistet eine kompaktere Siedlungsentwicklung und hält die Schweiz als Wohn- und Arbeitsort attraktiv.

Die Auswirkungen zeigen sich allerdings erst jetzt richtig. Viele laufende Ortsplanungsrevisionen setzen die gesetzlichen Grundlagen des Bundes nun um. Einen sorgsamen Umgang mit unserem Boden ist ein Kernanliegen dieses Gesetzes. Das führt automatisch zu mehr Verdichtung im Siedlungsgebiet.

Diese erhöhten Nutzungs- und Verdichtungsanforderungen führen offensichtlich zu vermehrten Einsprachen. Die heutige Gesetzgebung erlaubt eine sehr niederschwellige Legitimation, um eine Einsprache zu erheben. Gerade bei Ortsplanungsrevisionen, Gestaltungsplänen oder bei Baugesuchen für grössere Bauvorhaben, kommt es oft zu einer blockierenden Situation. Zum Teil ist die Verhältnismässigkeit in keiner Art und Weise gegeben. So können partikuläre Interessen einzelner Personen eine Ortsplanung blockieren, weil die Abwägung in der Regel zu Gunsten der Einsprechenden gemacht wird und eine aufschiebende Wirkung verhängt wird. Das Instrument der Vorwirkung wird ebenfalls nur sehr zögerlich oder gar nicht eingesetzt.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, hierzu folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat der Gesetzgeber Möglichkeiten, die Legitimation strenger zu formulieren?
2. Gibt es gesetzgeberische Möglichkeiten, der Verhältnismässigkeit bei Einsprachen mehr Gewicht zu geben?
3. Wie gross ist der Handlungsspielraum der kantonalen Behörden bei den Einspracheverfahren?
4. Welche gesetzlichen Grundlagen des Bundes beeinflussen den Handlungsspielraum der Kantone?
5. Wo liegt der Handlungsspielraum des Bau- und Justizdepartementes (BJD), eine aufschiebende Wirkung zu vermeiden?
6. Kann das BJD Vorwirkungen begünstigen und den Gemeinden mehr Handlungsspielraum zulassen?

Begründung 06.11.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Matthias Anderegg, 2. Philipp Heri, 3. Nadine Vögeli, Melina Aletti, Remo Bill, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Urs Huber, Karin Kälin, Angela Petiti, Matthias Racine, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker (15)

Stellungnahme RR: 3.12.2024 (schriftlich)

I 227/2024 (BJD)

Interpellation Christof Schauwecker (Grüne, Zuchwil): Fluchtverkehrsreduktionspotential durch Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit in Ortsdurchfahrten (13.11.2024)

Um den Fluchtverkehr durch die Gemeinden, welcher im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1 entstehen könnte, zu verhindern bzw. minimieren, hat der Regierungsrat verschiedene Massnahmen beschlossen. Die temporäre Einführung von Tempo 30-Strecken durch die Gemeinden, welche von Fluchtverkehr betroffen sein können, ist dabei keine der vom Regierungsrat vorgesehenen Massnahmen.

Gerne stelle ich in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Welches sind die Strategien des Regierungsrates, die negativen Auswirkungen (Lärm, Umweltbelastung, Sicherheit) des Fluchtverkehrs, welcher auch trotz den getroffenen Massnahmen bleibt, für die betroffenen Gemeinden, deren Einwohnenden und andere Benützendende des Strassenraumes, insbesondere Fussgänger und Fussgängerinnen, Schulkinder und Velofahrer und Velofahrerinnen abzufedern?
2. Wieso ist die Herabsetzung der Geschwindigkeit in Ortsdurchfahrten als Mittel zur Reduktion des Fluchtverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1 nicht als Massnahme vorgesehen?
3. Was spricht aus Sicht des Regierungsrates dagegen, die Reduktion der Geschwindigkeit durch Ortsdurchfahrten in diesem Zusammenhang einzuführen?
4. Wurde die Reduktion der Geschwindigkeit durch Ortsdurchfahrten im Zusammenhang mit der Reduktion von Fluchtverkehr geprüft? Was war das Ergebnis dieser Prüfung?
5. Sofern eine solche Prüfung nicht durchgeführt wurde, ist der Regierungsrat bereit, diese kostengünstige und effiziente Massnahme zur Reduktion des Fluchtverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1 zu prüfen und gegebenenfalls zusätzlich zu den bereits vorgestellten Massnahmen einzuführen?
6. Wie hoch schätzt der Regierungsrat das Fluchtverkehrsreduktionspotential eines angepassten Temporegimes (Tempo 30) ein?
7. Wie hoch werden die Kosten einer solchen Massnahme eingeschätzt?
8. Inwiefern wurden die betroffenen Gemeinden, Verkehrs- und Umweltschutzorganisationen (welche?) angehört bei der Ausarbeitung der Massnahmen zur Reduktion des Fluchtverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1?

Begründung 13.11.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Laura Gantenbein, 3. Heinz Flück, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, Rebekka Matter-Linder, Daniel Urech (7)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

I 250/2024 (BJD)

Interpellation Christof Schauwecker (Grüne, Zuchwil): Mehr ÖV für die Tourismusregion Weissenstein (18.12.2024)

Der Weissenstein ist nicht nur der Solothurner Hausberg, sondern auch eines der wichtigsten touristischen Ziele des Kantons Solothurn und entsprechend im kantonalen Richtplan gewürdigt. Mit der Bahnlinie Solothurn-Moutier, der Linie 1 der BSU sowie der Seilbahn Weissenstein ist der Weissenstein bereits gut an den öffentlichen Verkehr angebunden.

Die verschiedenen öffentlichen Verkehrsmittel sind jedoch noch nicht optimal miteinander vernetzt. So endet beispielsweise die Linie 1 der BSU im Dorf Oberdorf und wird nicht bis zum Bahnhof Oberdorf bzw. der Talstation der Seilbahn Weissenstein geführt. Eine Weiterführung der Linie 1 der BSU würde sowohl den Bahnhof als auch die Seilbahn besser in die ÖV-Landschaft der Agglomeration Solothurn einbinden.

Die Integration der Seilbahn Weissenstein in den Tarifverbund Libero und in den GA-Geltungsbereich stellt eine weitere Möglichkeit dar, den Weissenstein besser ins ÖV-Netz einzubinden und würde insbesondere für die gastronomischen Angebote und Anlässe auf dem Weissenstein einen Vorteil darstellen. In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Stellungnahme zu folgenden Fragen:

1. Wie setzt der Regierungsrat die Grundsätze zum touristischen Gebiet Weissenstein-Balmberg, welches im Kantonalen Richtplan L-5 (Gebiete und Vorhaben für Freizeit, Sport und Erholung) definiert ist, um?
2. Wie sieht die Entwicklungsstrategie des Regierungsrats für diese Region aus?
3. Was müsste unternommen werden, damit die Linie 1 der BSU bis zum Bahnhof Oberdorf bzw. der Talstation der Seilbahn geführt wird?
4. Welche Vorteile sieht der Regierungsrat für die Tourismusregion Weissenstein-Balmberg mit einer Verlängerung der Linie 1 der BSU bis zum Bahnhof Oberdorf bzw. der Talstation der Seilbahn?
5. Was müsste unternommen werden, um die Seilbahn Weissenstein in den Tarifverbund bzw. den GA-Geltungsbereich einzugliedern?
6. Welche Vorteile sieht der Regierungsrat für die Tourismusregion Weissenstein-Balmberg bei einer Eingliederung der Seilbahn Weissenstein in den Tarifverbund bzw. den GA-Geltungsbereich?

Begründung 18.12.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Heinz Flück, 3. Anna Engeler, Janine Eggs, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, Laura Gantenbein, David Gerke, Rebekka Matter-Linder, Daniel Urech (10)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

XI. Kleine Anfragen

K 208/2024 (DDI)

Kleine Anfrage André Wyss (EVP, Rohr): Zwangsheirat (05.11.2024)

Eine Zwangsheirat ist eine schwerwiegende Verletzung des Selbstbestimmungsrechts. Deshalb verbietet Art. 181a des Strafgesetzbuches die Zwangsheirat explizit und droht bei Verletzung der Bestimmung eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder eine entsprechende Geldstrafe an. Trotzdem werden regelmässig in der Schweiz wohnhafte Mädchen und junge Frauen – in Einzelfällen auch junge Männer – im Ausland gegen ihren Willen verheiratet.

Gemäss einem Artikel im Oltner Tagblatt vom 4. August 2024¹ melden sich während den Sommerferien bis zu 15 Personen pro Woche bei der schweizerischen Fachstelle Zwangsheirat, weil ihre Familienangehörigen sie im Herkunftsland zwangsverheiraten wollen. Oft haben sie dort niemanden, an den sie sich wenden können, da es der sozialen Norm entspricht, kein Selbstbestimmungsrecht bei der Frage der Eheschliessung zu haben. Die Betroffenen sind oftmals in der Schweiz geboren oder aufgewachsen.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- 1.1 Wie viele Meldungen betreffend Zwangsheirat gingen in den letzten zehn Jahren (2015 bis heute) im Kanton Solothurn bei kantonalen Stellen ein? Zeichnet sich eine Tendenz ab?
- 1.2 Wie viele solcher geschlossener Ehen wurden im gleichen Zeitraum durch das Zivilstandsamt aufgelöst?
- 1.3 Wie viele strafrechtliche Verurteilungen von Beschuldigten wegen Zwangsheirat (Art. 181a StGB) gab es in diesem Zeitraum? Welche strafrechtlichen und ausländerrechtlichen Konsequenzen wurden gegen die Beschuldigten verfügt?
2. Gibt es Schätzungen zur Dunkelziffer von Zwangsheirat von im Kanton Solothurn lebenden Personen?
3. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass aktuell genügend getan wird, damit die betroffenen Personen und Stellen (z.B. Schüler und Schülerinnen auf der Sekundarstufe, Eltern, Asylzentren, Moscheen, Migrationsamt, Beratungsstellen, Zivilstandesämter und Integrationsbeauftragte bei den Gemeinden) für das Thema Zwangsheirat sensibilisiert sind?
4. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass aktuell genügend getan wird, um Zwangsheirat möglichst zu verhindern und um den betroffenen Personen zu helfen? Falls nein, welche zusätzlichen Massnahmen/Möglichkeiten sieht der Regierungsrat? Im erwähnten Bericht wird beispielsweise die Fachstelle Zwangsheirat dahingehend zitiert, dass eine strengere Kontrolle von Moscheen und Tempeln stattfinden müsste. Teilt der Regierungsrat diese Ansicht?
5. Wie steht der Regierungsrat zu einem möglichen Sensibilisierungsauftrag an Drittorganisationen (namentlich an den «Runden Tisch der Religionen», den «Islamischen Kantonalverband Solothurn», den «Dachverband Kinder- und Jugendliche» und/oder ähnliche Organisationen)?

Begründung 05.11.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. André Wyss (1)

Stellungnahme RR: 17.12.2024 (schriftlich)

K 221/2024 (BJD)

Kleine Anfrage Werner Ruchti (SVP, Rüttenen): Zur Praxis der Beauftragung und Überprüfung von Gutachten im Kanton Solothurn (13.11.2024)

In der Rechtsprechung ist es unerlässlich, dass alle beteiligten Dienstleistungen nach juristischem Vorgehen und wissenschaftlichen Grundsätzen erstellt werden, um eine faire Beurteilung von Rechtsfällen zu gewährleisten. Im Hinblick auf die Praxis der Beauftragung und Überprüfung von Gutachterinnen und Gutachtern vor Gericht im Kanton Solothurn ersuche ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. **Ausbildung und Qualifikation der Richter und Richterinnen:**
Inwieweit werden die Richter und Richterinnen im Kanton Solothurn hinsichtlich der Beurteilung der wissenschaftlichen Grundlagen und Methodik von Gutachten geschult? Gibt es spezifische Schulungs- oder Weiterbildungsprogramme, die gewährleisten, dass Richter und Richterinnen fundierte Entscheidungen über die Verlässlichkeit und Qualität von Gutachten treffen können?
2. **Wissenschaftliche Grundlage und Methoden der Gutachten:**
Nach welchen Kriterien wird die wissenschaftliche und methodische Fundiertheit der vorgelegten Gutachten beurteilt? Werden in den jeweiligen Fachbereichen standardisierte Verfahren angewendet, und wie wird die Einhaltung dieser Standards sichergestellt?
3. **Berichte über zurückgewiesene Gutachten:**
Wie viele Gutachten wurden in den letzten fünf Jahren durch das Gericht zurückgewiesen oder beanstandet? Welche Gründe lagen diesen Zurückweisungen zugrunde, und gibt es Bestrebungen, aufgrund dieser Vorkommnisse systematische Verbesserungen einzuleiten? Wie viele Gutachten wurden von den Klageparteien nicht akzeptiert und Beschwerde eingereicht?
4. **Auswahl und Ernennung der Gutachter und Gutachterinnen:**
Wer wählt die Gutachter und Gutachterinnen für Gerichtsverfahren aus, und nach welchen Kriterien erfolgt diese Auswahl? Gibt es eine spezifische Liste zugelassener Gutachter und Gutachterinnen, und wie wird die Unabhängigkeit dieser Personen sichergestellt?
5. **Periodische Überprüfung der Gutachter und Gutachterinnen:**
Werden Gutachter und Gutachterinnen regelmässig hinsichtlich ihrer Arbeit und Qualität ihrer Gutachten überprüft? Wenn ja, wie oft erfolgt eine solche Überprüfung im Vergleich zu den Einsätzen? Und welche Instanzen sind für die Qualitätssicherung verantwortlich?
6. **Qualitätssicherung und Preisgestaltung:**
Welche Mechanismen zur Qualitätssicherung von Gutachten existieren im Kanton Solothurn? Inwieweit wird die Preisgestaltung der Gutachterleistungen überwacht, und gibt es eine Höchstgrenze für die Kosten, die einem Verfahren durch Gutachter und Gutachterinnen entstehen können? Welche Kosten sind jeweils in den letzten fünf Jahren für den Kanton entstanden?
7. **Aufsicht und Bearbeitung von Beschwerden:**
Welche Aufsichtsinstanzen überwachen die Arbeit der Gutachter und Gutachterinnen, und wie viele Fälle werden jährlich durch diese Instanzen bearbeitet? Wie viele Beschwerden oder Beanstandungen über die Arbeit von Gutachterinnen und Gutachtern wurden in den letzten fünf Jahren verzeichnet, und welche Massnahmen wurden ergriffen, um festgestellte Mängel zu beheben?

Ich danke Ihnen im Voraus für die Beantwortung dieser Fragen und hoffe, dass die Ergebnisse zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Qualitätssicherung bei der Beauftragung und Überprüfung von Gutachterinnen und Gutachtern beitragen.

Begründung 13.11.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Werner Ruchti (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 222/2024 (BJD)

Kleine Anfrage Werner Ruchti (SVP, Rüttenen): Zur Praxis der Beauftragung und Überprüfung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern im Kanton Solothurn (13.11.2024)

In der Rechtsprechung ist es unerlässlich, dass alle beteiligten Dienstleistungen nach juristischem Vorgehen und wissenschaftlichen Grundsätzen erstellt werden, um eine faire Beurteilung von Rechtsfällen zu gewährleisten. Im Hinblick auf die Praxis der Beauftragung und Überprüfung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern vor Gericht im Kanton Solothurn ersuche ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ausbildung und Qualifikation der Richter und Richterinnen im Umgang mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern: Inwieweit sind die Richter und Richterinnen im Kanton Solothurn für den Umgang mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern in Gerichtsverfahren geschult? Gibt es spezielle Fortbildungen, die die Richter und Richterinnen auf die Beurteilung der Qualität und Neutralität von Dolmetscherleistungen vorbereiten?
2. Fachliche Qualifikation und Zertifizierung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern: Welche Anforderungen müssen Dolmetscherinnen und Dolmetscher erfüllen, um vor Gericht im Kanton Solothurn tätig zu werden? Gibt es spezifische Zertifizierungen oder Abschlüsse, die als Voraussetzung für eine Beauftragung gelten? Welche Standards werden angelegt, um die Sprach- und Fachkompetenz der Dolmetscher und Dolmetscherinnen sicherzustellen?
3. Berichte über zurückgewiesene Dolmetscherleistungen: Wie viele Beschwerden über Dolmetscherleistungen wurden in den letzten fünf Jahren verzeichnet? Welche Gründe führten zur Beanstandung oder gar Zurückweisung von Dolmetscherleistungen, und welche Massnahmen wurden ergriffen, um diese Mängel zu beheben?
4. Auswahl und Ernennung der Dolmetscher und Dolmetscherinnen: Nach welchen Kriterien erfolgt die Auswahl der Dolmetscher und Dolmetscherinnen für Gerichtsverfahren? Wer ist verantwortlich für die Ernennung der Dolmetscher und Dolmetscherinnen, und wie wird deren Unabhängigkeit und Unparteilichkeit sichergestellt? Gibt es eine offizielle Liste anerkannter Gerichtsdolmetscher und -dolmetscherinnen im Kanton Solothurn?
5. Regelmässige Überprüfung der Dolmetscher und Dolmetscherinnen: Werden Dolmetscher und Dolmetscherinnen, die wiederholt für Gerichtsverfahren tätig sind, regelmässig auf die Qualität ihrer Arbeit überprüft? Wenn ja, in welchem Turnus erfolgen solche Überprüfungen, und welche Institution ist dafür zuständig und wie oft wird dies im Vergleich zu den Einsätzen gemacht?
6. Qualitätssicherung und Preisgestaltung: Welche Massnahmen zur Qualitätssicherung der Dolmetscherleistungen sind im Kanton Solothurn etabliert? Wie wird die Angemessenheit der Vergütung der Dolmetscher und Dolmetscherinnen festgelegt, und gibt es eine Höchstgrenze für die Kosten, die einem Verfahren durch Dolmetscherleistungen entstehen können?
7. Aufsicht und Bearbeitung von Beschwerden: Welche Aufsichtsinstitution überwacht die Arbeit der Dolmetscher und Dolmetscherinnen im Gerichtswesen des Kantons Solothurn? Wie viele Fälle von Beschwerden oder Beanstandungen bezüglich der Arbeit von Dolmetscherinnen und Dolmetschern wurden in den letzten fünf Jahren registriert, und welche Massnahmen wurden zur Verbesserung der Situation ergriffen?

Ich danke Ihnen für die Beantwortung dieser Fragen und hoffe, dass die gewonnenen Erkenntnisse zu einer Optimierung der Auswahl, Überprüfung und Qualitätssicherung der Dolmetscher im Gerichtsbereich führen.

Begründung 13.11.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Werner Ruchti (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 239/2024 (DBK)

Kleine Anfrage fraktionsübergreifend: Hitzefrei (11.12.2024)

Hohe Temperaturen können zu kognitiven oder körperlichen Einschränkungen bei Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen führen. Hitzefrei ist darum jeden Sommer ein Thema in den Schulen, aber auch in einigen Berufsfeldern. So auch für viele Jugendliche im Kanton Solothurn, was das Engagement dazu am Jugendpolittag 2024 und auf engage.ch beweist. Deshalb möchten wir vom Volksschulamt und von der Regierung wissen, ob eine einheitliche Regelung auf kantonaler Ebene zur Thematik «Hitzefrei» besteht. Wir bitten höflichst um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ab welchen Temperaturen und Luftfeuchtigkeitswerten ist mit kognitiven resp. körperlichen Beeinträchtigungen im Unterricht zu rechnen?
2. Wie wirken sich die Unterrichtsformen, -inhalte oder das Alter auf diese Beeinträchtigungen aus?
3. Zu den rechtlichen Grundlagen:
 - 3.1 Welche Grundlagen (Gesetze, Fürsorgepflicht oder weitere) sind bei der Betrachtung dieser Frage relevant?
 - 3.2 Wie sind die Regelungen in anderen Kantonen?
 - 3.3 Sind Leitfäden verfügbar – sei es im Kanton, in der Schweiz oder Ländern mit generell höheren Temperaturen?
4. Wie stellt sich der Regierungsrat zu dieser Problematik:
 - 4.1 Wie beurteilt der Regierungsrat diese Problematik generell?
 - 4.2 Kann er sich vorstellen, im Volksschulgesetz eine Regelung vorzusehen?
 - 4.3 Falls ja: Wie könnte diese ausgestaltet sein?
 - 4.4 Wäre eine explizite Temperaturschwelle sinnvoll und möglich?
 - 4.5 Wären während Hitzeperioden alternative Beschulungsmodelle vorstellbar?
 - 4.6 Welche weiteren Massnahmen sieht der Kanton vor, um gegen Hitze in den Schulen vorzugehen?

Begründung 11.12.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Thomas Giger, 2. Laura Gantenbein (2)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 244/2024 (VWD)

Kleine Anfrage Fraktion FDP.Die Liberalen: Auswirkungen der Umweltverantwortungsinitiative auf Solothurner Bevölkerung und Wirtschaft (17.12.2024)

Am 9. Februar 2025 stimmen wir über die Umweltverantwortungsinitiative (UVI) ab. Bei Annahme der Initiative müsste der Ressourcenverbrauch in der Schweiz massiv reduziert werden. Der Regierungsrat ist gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Auswirkungen hätte die UVI auf die Solothurner Bevölkerung?
2. Wie schätzt der Regierungsrat die Auswirkungen der UVI auf die Solothurner Wirtschaft ein?
3. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die UVI insbesondere die Industrie und damit Betriebe wie Stahl Gerlafingen schwächen würde?

Begründung 17.12.2024: schriftlich.

Die UVI fordert eine drastische Reduktion des Ressourcenverbrauchs innert zehn Jahren. Die Schweiz soll bis 2035 die planetaren Grenzen nicht mehr überschreiten. Bevölkerung und Wirtschaft müssen den Ressourcenverbrauch beziehungsweise den inländischen Konsum massiv reduzieren, was insgesamt zu massiven Einschränkungen für Wirtschaft und Menschen führen würde. Heute erfüllen nur Staaten wie Afghanistan, Haiti oder Eritrea die Anforderungen der UVI. Der Grund liegt im tiefen Wohlstandsniveau und dem bescheidenen Lebensstil in diesen Staaten. Die Initiative hätte insgesamt wohl auch grosse Auswirkungen auf die Solothurner Bevölkerung und Wirtschaft. Der Regierungsrat ist gebeten, diese Auswirkungen qualitativ einzuschätzen.

Unterschriften: 1. Martin Rufer, 2. Manuela Misteli, 3. Hansueli Wyss, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, David Plüss, Daniel Probst, Markus Spielmann, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler (17)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 246/2024 (STK)

Kleine Anfrage Laura Gantenbein (Grüne, Solothurn): Zu E-Collecting im Kanton Solothurn (18.12.2024)

Anfang September haben Medienberichte aufgedeckt, dass bei zahlreichen nationalen Volksinitiativen Unterschriften gefälscht und erschlichen wurden. Dies bedeutet einen Vertrauensverlust der Bürger und Bürgerinnen in die Unterschriftensammlungen und damit in eines der wichtigsten Instrumente unserer direkten Demokratie. Es ist zentral, dass die Stimmbevölkerung ihre Unterschriften unter Volksbegehren fälschungssicher und privat abgeben kann. Nur damit bleibt die Glaubwürdigkeit politischer Anliegen gewahrt.

Dies ist jedoch mit den herkömmlichen Papier-Unterschriftenbögen kaum zu gewährleisten. Gemeinden verfügen über keine Unterschriftenvorlagen, um die Unterschriften zu kontrollieren. Die Lösung liegt aber auf der Hand: Mit E-Collecting wird der Prozess des Unterschriftensammelns digitalisiert – er ist dann fälschungssicher, und die Gemeinden oder der Kanton können die Unterschriften zusätzlich effizienter kontrollieren. Allenfalls wird sogar die demokratische Beteiligung erhöht. Die attraktive Lösung ist auf dem Vormarsch – der Kanton St. Gallen plant bereits in einhalb Jahren einen Testbetrieb, und auf nationaler Ebene treiben fast alle Parteien das Anliegen voran. Auch der Kanton Solothurn will gemäss seiner Strategie «digitaler Wandel» die digitalen demokratischen Mitwirkungsmittel stärken. Jedoch ist es genauso wichtig, zusätzlich entstehende Risiken von E-Collecting rechtzeitig zu adressieren. Allenfalls entsteht damit auch ein Gewinn für den Ausbau von VeWork, respektive können Learnings von der einen Plattform sich positiv auf die andere Plattform auswirken und vice versa.

Uns stellen sich folgende Fragen:

1. Wie schätzt der Regierungsrat den Mehrwert von E-Collecting bezüglich
 - 1.1 Fälschungssicherheit,
 - 1.2 Wahrung der Privatsphäre,
 - 1.3 erhöhter demokratischer Beteiligung
 - 1.4 sowie Effizienz-Gewinn in der Kontrolle ein?
2. Welche Auswirkungen gilt es bezüglich E-Collecting zu adressieren – und wie? Bezüglich Risiken für die Sicherheit, aber auch staatspolitischer Folgen usw.?
3. Welche technischen Voraussetzungen bestehen schon für die Einführung von E-Collecting beziehungsweise welche müssten noch geschaffen werden?
4. Welche gesetzlichen Grundlagen müsste der Kanton Solothurn schaffen, um E-Collecting einzuführen? Unter welchen Voraussetzungen wäre ein Testbetrieb möglich?
5. Sind dem Kanton konkrete Verdachtsfälle von Unterschriftenfälschungen im Kanton Solothurn bekannt?
6. Könnten die Learnings von VeWork implementiert werden?

7. In Anbetracht dessen, dass unsere Basisdemokratie möglichst hindernisfrei ausgestaltet wird: Wie hoch ist der Aufwand, eine digitale Lösung parallel zur herkömmlichen Unterschriftsmöglichkeit auf Papier umzusetzen?

Begründung 18.12.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Laura Gantenbein (1)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 247/2024 (DBK)

Kleine Anfrage Mathias Stricker (SP, Bettlach): Psychomotoriktherapie als pädagogisch-therapeutisches Angebot im Kanton Solothurn (18.12.2024)

Die Psychomotoriktherapie (PMT) leistet durch die Förderung der motorischen, sozialen und emotionalen Kompetenzen von Kindern einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit und zum Gesundheitssystem. Die Psychomotorik hat grundsätzlich den Auftrag, Diagnostik, Förderung, Therapie, Beratung und Prävention zu erbringen.

Präventiv wird Graphomotorikunterricht in Kindergartenklassen durchgeführt, Angebote von Bewegungslandschaften in Zusammenarbeit mit Lehrpersonen organisiert, sozio-emotionales Lernen in Klassen mit mehreren Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten in separativen und integrativen Fördergruppen gefördert. Ziel ist es, durch präventive Angebote Kinder frühzeitig zu unterstützen und einem ggf. späteren Therapiebedarf vorzubeugen. Im Kanton Solothurn gibt es dafür keinen Auftrag. Die Psychomotoriktherapie wird durch die Fachzentren für Kinder mit Sinnes- und Körperbeeinträchtigung (ZKSK) und Arkadis in Oensingen, in Solothurn, in Olten und in Breitenbach für Primarschulkinder (Kindergarten – 3. Klasse) angeboten. Braucht ein Kind eine Therapie, bringen die Eltern ihr Kind 1x pro Woche für 50 Minuten an den entsprechenden Ort. Es entstehen teilweise lange Fahrwege.

In beiden Fachzentren richtet sich die Psychomotorik als Angebot der speziellen Förderung an Kinder von Kindergarten – 3. Klasse. Schüler und Schülerinnen, die ausserhalb dieses Altersbereichs einen Bedarf aufweisen, erhalten von den Zentren nur in ganz wenigen Ausnahmefällen Psychomotoriktherapie als unterstützendes Angebot. Hier entsteht im Unterschied zu anderen Kantonen nicht selten eine Versorgungslücke.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie wird sichergestellt, dass im Sinne der Chancengerechtigkeit jedes Kind, welches PMT braucht, auch Zugang dazu bekommt und der Aufwand für alle Eltern leistbar ist?
2. Wie sind die Zuweisungen sowie die Abklärungsverfahren an allen Therapiestellen im Kanton geregelt?
3. Vom Angebot können nur Kinder bis und mit 3. Klasse Gebrauch machen. Warum wurde das Alter vor wenigen Jahren hinuntergestuft? Wie wird sichergestellt, dass keine Versorgungslücken ab der 4. Klasse entstehen? Wie handhaben dies die anderen Kantone im Bildungsraum Nordwestschweiz?
4. Weshalb wird die PMT im Kanton Solothurn nicht wie die Logopädie (beides pädagogisch-therapeutische Massnahmen) in den einzelnen Schulkreisen angeboten (auch hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen)?
5. Wäre es förderlich und im Sinne der Chancengerechtigkeit notwendig, in besonders betroffenen Schulgemeinden zusätzliche Psychomotorikstellen zu schaffen?
6. Weshalb gibt es im Kanton Solothurn keinen Auftrag für Prävention durch Psychomotorik?
7. Ist die PMT als zentrale pädagogisch-therapeutische Massnahme in allen Schulen bekannt? Was wird dafür unternommen und wer ist zuständig?

8. Welche Gründe für die grosse Fluktuation der Psychomotoriktherapeuten und -therapeutinnen im Kanton Solothurn erkennt die Regierung?
9. Inwiefern können die Arbeitsbedingungen an allen Therapiestellen (Lohn, Therapiestunden pro Tag etc.) gleichwertig geregelt werden?
10. Im September dieses Jahres begannen doppelt so viele Studierende mit dem Psychomotorikstudium an der Hochschule für Heilpädagogik HfH. Die Begrenzung von Studierenden pro Kanton wurde aufgehoben. Wie stellt der Kanton Solothurn sicher, dass genügend Fachkräfte eine Stelle im Kanton Solothurn antreten?

Begründung 18.12.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Mathias Stricker, 2. John Steggerda, 3. Matthias Racine, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Karin Kälin, Angela Petiti, Franziska Rohner, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (17)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 248/2024 (VWD)

Kleine Anfrage Fraktion SVP: Verwendung von Steuergeldern im Abstimmungskampf um das kantonale Energiegesetz (18.12.2024)

Als Geschäftsstelle für die Kampagne der Befürworter des kantonalen Energiegesetzes (Abstimmung 9. Februar 2025) agiert die Weit&Breitsicht GmbH mit Sitz in Solothurn. Diese Firma führt die Geschäftsstelle des Vereins aee, dem Dachverband der Wirtschaftsakteure im Kanton Solothurn, die ihr Geld mit hochsubventionierten Energiewende-Technologien verdienen.

Gleichzeitig hat die Weit&Breitsicht GmbH eine Vielzahl von Mandaten, die durch öffentliche Gelder, kantonale Subventionen oder Beiträge finanziert werden, darunter Programme wie das Nachhaltigkeitsnetzwerk, «so!mobil» oder Projekte des Lotteriefonds. Damit kommt man zum Schluss: Die Weit&Breitsicht GmbH ist faktisch eine privatisierte Abteilung der kantonalen Verwaltung, die – durch öffentliche Gelder finanziert – nun die Kampagne für das Energiegesetz führt. Eine indirekte Finanzierung des Abstimmungskampfes durch Steuergelder ist daher nicht ausgeschlossen. Dies ist inakzeptabel, da öffentliche Gelder für parteipolitisch neutrale Zwecke eingesetzt werden müssen. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, zu erfahren, in welchem Umfang Steuergelder oder öffentliche Fördermittel möglicherweise direkt oder indirekt in den Abstimmungskampf fliessen. Zudem stellt sich die grundsätzliche Frage, ob und wie weit der Kanton Solothurn NGO's und andere Organisationen unterstützt, die im politischen Bereich aktiv sind und welche Kontrollmechanismen hierbei greifen.

Da die Abstimmung über das neue Energiegesetz am 9. Februar 2025 unmittelbar bevorsteht, ist die Klärung dieser Fragen dringend notwendig, um Transparenz und Neutralität im politischen Prozess zu gewährleisten.

Die Fraktion SVP stellt dazu folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Wie viel Geld hat die Weit&Breitsicht GmbH direkt oder indirekt vom Kanton Solothurn in den vergangenen fünf Jahren erhalten?
2. Wie viel Geld verteilt sich dabei auf direkte Beiträge (z.B. über Programme und Projekte) sowie auf indirekte Fördermittel über den Lotteriefonds, über die FHNW oder durch Fördermittel an Organisationen, für welche die Weit&Breitsicht GmbH Mandate oder die Geschäfte ausführt und die ganz oder teilweise durch kantonale Fördermittel finanziert sind?
3. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass eine direkte oder indirekte Finanzierung des Abstimmungskampfes für das kantonale Energiegesetz (Abstimmung am 9. Februar 2025) durch die Weit&Breitsicht GmbH und durch kantonale Finanzmittel (Steuergelder, Lotteriefonds, Fördergelder etc.) ausgeschlossen wird?
4. Welche Massnahmen schlägt der Regierungsrat vor, um künftig die direkte und indirekte Sub-

ventionierung eines Abstimmungskampfes wie desjenigen für das kantonale Energiegesetz und die Subventionierung einer Lobby-Organisation wie der Weit&Breitsicht GmbH durch kantonale Finanzmittel zu unterbinden?

5. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass es sich bei der Weit&Breitsicht GmbH um eine Behörde im Sinne von § 3 Abs. 1 lit. c InfoDG handelt (juristische Person, die in erster Linie öffentliche Aufgaben wahrnimmt) und damit transparent über ihre Geschäfte sowie über die Herkunft und die Verwendung aller finanziellen Mittel, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Abstimmungskampf, Auskunft erteilen muss?
6. Unterstützt der Kanton Solothurn weitere NGO's oder Organisationen, die im politischen Bereich aktiv sind, mit Steuergeldern? Falls ja, in welchem Umfang und mit welchen Zielen?
7. Wie definiert der Regierungsrat klare Kriterien, um Interessenkonflikte bei staatlich finanzierten Organisationen, die in politischen Abstimmungskämpfen aktiv sind, zu verhindern?

Begründung 18.12.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Matthias Borner, 2. Beat Künzli, 3. Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Walter Gurtner, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Christine Rütli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (14

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 251/2024 (FD)

Kleine Anfrage Fraktion FDP.Die Liberalen: Massnahmen Pensionskasse Kanton Solothurn (18.12.2024)

Der Regierungsrat wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie und wann wurde der Regierungsrat über die Verzinsung der Altersguthaben von vier Prozent sowie die Einmalzahlung an die Pensionierten im Umfang von 600 Franken pro Rentner informiert?
2. In Anbetracht der Sparmassnahmen beim Staatspersonal: Wie beurteilt der Regierungsrat die Massnahmen der Pensionskasse Kanton Solothurn (PKSO) (hohe Verzinsung der Altersguthaben, grosszügige Einmalzahlung an die Pensionierten)?
3. Wie viel kostet die PKSO den Kanton Solothurn bzw. den Steuerzahlenden im Jahr? Zu berücksichtigen sind alle finanziellen Beiträge (Ausfinanzierungsbeiträge, Abschreibung Finanzfehlbetrag, Zinsen für Finanzfehlbetrag, usw.).
4. Hat der Regierungsrat über die finanzielle Lage der PKSO im Detail Kenntnis? Ist zum Beispiel die Wertschwankungsreserve genügend alimentiert, um hohe Verzinsungen sowie Einmalzahlungen rechtfertigen zu können?
5. Erachtet der Regierungsrat die Verzinsung der Restschuld bei der PKSO in der Höhe von drei Prozent nach wie vor als angemessen?
6. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, auf Basis detaillierter Kenntnis über die finanzielle Lage der PKSO, zur Entlastung der Staatskasse finanzielle Beiträge an die PKSO zu kürzen und die entsprechenden Gesetzesgrundlagen anzupassen?
7. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, dem Stiftungsrat während der Ausfinanzierung der PKSO Auflagen bezüglich maximaler Verzinsung der Altersguthaben sowie Rentenerhöhungen zu machen?
8. Kann aus Sicht des Regierungsrates ausgeschlossen werden, dass auch bei einem starken Rückschlag an den Aktienmärkten (minus 30 – 40 %) keine weiteren Zuschüsse an die PKSO notwendig sein werden?

Begründung 18.12.2024: schriftlich.

Im Jahr 2014 musste die Pensionskasse Kanton Solothurn aufgrund ihrer desolaten finanziellen Lage rückwirkend auf den 1. Januar 2012 mit rund 1,1 Mia. Franken ausfinanziert werden. Die Abschrei-

bung des Finanzfehlbetrags von 27,3 Mio. Franken wird den Steuerzahler voraussichtlich noch bis 2051 beschäftigen.

Aufgrund der schwierigen finanziellen Lage des Kantons hat der Regierungsrat beschlossen, neben weiteren Sparmassnahmen auf einen Teuerungsausgleich für das Staatspersonal gänzlich zu verzichten. Der Gürtel muss enger geschnallt werden, um die Handlungsfähigkeit des Kantons Solothurn zu erhalten. In einer Medienmitteilung vom 26. November 2024 teilt die PKSO mit, dass die Verwaltungskommission der Pensionskasse beschlossen hat, die Altersguthaben 2024 neu mit hohen vier Prozent zu verzinsen. Damit liege die Verzinsung so hoch wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Zudem werde im Sommer 2025 allen Pensionierten eine grosszügige Einmalzahlung von 600 Franken ausgerichtet. Beide Massnahmen seien dank guter Performance und einem soliden Deckungsgrad möglich.

Unterschriften: 1. Daniel Probst, 2. Stefan Nünlist, 3. Markus Spielmann, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Thomas Fürst, David Häner, Freddy Kreuchi, Michael Kummler, Barbara Leibundgut, Georg Lindemann, Manuela Misteli, David Plüss, Martin Rufer, Christian Thalmann, Mark Winkler, Hansueli Wyss (17)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 253/2024 (VWD)

Kleine Anfrage Werner Ruchti (SVP, Rüttenen): Ungerechtfertigte erhobene kantonale Hundesteuer (2017-2023) (18.12.2024)

Mit Bezug auf die ungerechtfertigt erhobene kantonale Hundesteuer zwischen den Jahren 2019 und 2023 bitten wir um Klärung und konkrete Auskunft zu folgenden Fragen:

1. Aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage wurde die Hundesteuer in den Jahren 2017-2023 erhoben, obwohl die Ausgabe der physischen Hundemarken bereits Ende 2016 eingestellt wurde?
2. Wie rechtfertigt der Kanton die fortgesetzte Erhebung dieser Steuer?
3. Auf welcher genauen Grundlage basierte das Urteil des Steuergerichts, das zur Aussetzung der Hundesteuer ab 2024 führte?
4. Welche Massnahmen wurden aufgrund des Urteils für die vorangegangenen Jahre getroffen?
5. Wie wurden die Einnahmen aus der Hundesteuer der Jahre 2017-2023 verwendet?
6. Sind die erhobenen Beträge noch vorhanden oder wurden sie bereits für andere kantonale Ausgaben verwendet? Falls ja, für welche konkreten Zwecke?
7. Wie gedenkt die Verwaltung, die Rückerstattung der Hundesteuer an betroffene Hundehalter zu organisieren?
8. Welche Prozesse sind für die automatische Auszahlung der zu viel erhobenen Beträge bereits angedacht oder in Planung?
9. In welcher Höhe wird der finanzielle Aufwand für den Kanton Solothurn durch die Rückzahlung geschätzt?
10. Weshalb wurde die Notwendigkeit der Hundesteuer über mehrere Jahre hinweg nicht überprüft oder kommuniziert?
11. Welche Schritte wird die Regierung unternehmen, um zukünftig sicherzustellen, dass vergleichbare Fälle von ungerechtfertigter Steuererhebung vermieden werden?
12. Wird der Kanton die Rückerstattung aus den laufenden Mitteln finanzieren können? Falls nein, welche Alternativen stehen zur Verfügung?

Begründung 18.12.2024: schriftlich.

Die Fortsetzung der Hundesteuererhebung ohne rechtsgültige Grundlage stellt eine ungerechtfertigte Bereicherung dar. Besonders relevant ist die Frage, wie die bereits eingezogenen Beträge in den Jahren 2017-2023 verwendet wurden und ob sie noch für eine Rückerstattung zur Verfügung stehen. Eine transparente Offenlegung der Mittelverwendung stärkt das Vertrauen der Bevölke-

zung in die Finanzpolitik des Kantons. Die Rückerstattung der zu viel erhobenen Beträge ist ein Gebot der Fairness und ein klares Zeichen für eine gerechte und bürgernahe Verwaltung. Wir danken Ihnen für Ihre Stellungnahme und hoffen auf eine zügige Klärung dieser Angelegenheit.

Unterschriften: 1. Werner Ruchti, 2. Freddy Kreuchi, 3. Thomas Wenger, Adrian Läng, Thomas von Arx (5)

Mitteilungen

Mutationen im Mitgliederverzeichnis

Fraktionssitzungen:

FDP.Die Liberalen: Donnerstag, 16. Januar 2025

glp: Donnerstag, 16. Januar 2025

Grüne: Dienstag, 14. Januar 2025

Mitte-Fraktion: Donnerstag, 16. Januar 2025

SP/Junge SP: Mittwoch, 15. Januar 2025

SVP: Mittwoch, 15. Januar 2025

Ratsleitung*Präsidium:*

P: Conti Roberto, SVP
 1. VP: Frey Schär Myriam, Grüne
 2. VP: Bürki Simon, SP

Fraktionsvorsitzende:

Ammann Markus, SP/junge SP
 Engeler Anna, Grüne
 Künzli Beat, SVP
 Lüthi Thomas, glp
 Ochsenbein Michael, Die Mitte
 Spielmann Markus, FDP.Die Liberalen

Stimmzähler/innen

Aletti Melina, junge SP
 Cartier Daniel, FDP.Die Liberalen
 Koch Hauser Susanne, Die Mitte

Läng Adrian, SVP
 Schauwecker Christof, Grüne

Ständige Kommissionen**Finanzkommission**

P: Borner Matthias, SVP
 VP: Thalmann Christian, FDP.Die Liberalen
 Aschberger Richard, SVP
 Bill Remo, SP
 Bläsi Hubert, FDP.Die Liberalen
 Bürki Simon, SP
 Flück Heinz, Grüne
 Gloor Fabian, Die Mitte

Gurtner Walter, SVP
 Kälin Karin, SP
 Koch Hauser Susanne, Die Mitte
 Plüss David, FDP.Die Liberalen
 Probst Daniel, FDP.Die Liberalen
 Walther Jonas, glp
 Wyss André, EVP

Geschäftsprüfungskommission

P: Wyss Hansueli, FDP.Die Liberalen
 VP: Dick Markus, SVP
 VP: Schlatter Patrick, Die Mitte
 Aletti Melina, junge SP
 Ammann Markus, SP
 Beer Samuel, glp
 Eberhard Bruno, Die Mitte
 Fischer Tobias, SVP
 Friker Patrick, Die Mitte

Gerke David, Grüne
 Gomm Simon, SP
 Läng Adrian, SVP
 Lindemann Georg, FDP.Die Liberalen
 Nünlist Stefan, FDP.Die Liberalen
 Schauwecker Christof, Grüne

Justizkommission

P: Urech Daniel, Grüne
 VP: Huber Urs, SP
 VP: Kissling Karin, Die Mitte
 Bartholdi Johanna, FDP.Die Liberalen
 Fürst Thomas, FDP.Die Liberalen
 Häner David, FDP.Die Liberalen
 Kreuchi Freddy, FDP.Die Liberalen
 Petiti Angela, SP

Rohr Jennifer, SVP
 Ruchti Werner, SVP
 Rusterholz Simone, glp
 Schreiber Sarah, Die Mitte
 Vögeli Nadine, SP
 Von Däniken Benjamin, Die Mitte
 Wenger Thomas, SVP

Bildungs- und Kulturkommission

P: Mühlemann Vescovi Tamara, Die Mitte
 VP: Fröhlicher Silvia, SP
 VP: Künzli Beat, SVP
 Conti Roberto, SVP
 Eggs Janine, Grüne
 Kumpli Michael, FDP.Die Liberalen
 Lupi Marco, FDP.Die Liberalen
 Matter-Linder Rebekka, Grüne

Meier-Moreno Matthias, Die Mitte
 Meppiel Andrea, SVP
 Misteli Manuela, FDP.Die Liberalen
 Nützi Daniel, Die Mitte
 Rütli Christine, SVP
 Stricker Mathias, SP
 Wyss Nicole, SP

Sozial- und Gesundheitskommission

P: Stocker Luzia, SP

VP: Studer Thomas, Die Mitte

Cartier Daniel, FDP.Die Liberalen

Fischer Marlene, Grüne

Gantenbein Laura, Grüne

Giger Thomas, SVP

Ginsig Christian, glp

Grimbichler Michael, Die Mitte

Jäggi Hardy, SP

Leibundgut Barbara, FDP.Die Liberalen

Menna Pierino, Die Mitte

Ritschard Stephanie, SVP

Rohner Franziska, SP

Stöckli Silvia, SVP

Weisskopf Sabrina, FDP.Die Liberalen

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

P: Winkler Mark, FDP.Die Liberalen

VP: Kupper Edgar, Die Mitte

Anderegg Matthias, SP

Brons Johannes, SVP

Dietschi Markus, FDP.Die Liberalen

Esslinger Simon, SP

Frey Schär Myriam, Grüne

Gasser Kuno, Die Mitte

Heri Philipp, SP

Jeker Sibylle, SVP

Kunz Kevin, SVP

Lüthi Thomas, glp

Nussbaumer Georg, Die Mitte

Rufer Martin, FDP.Die Liberalen

Walter Pascal, Die Mitte

Redaktionskommission

P: Fürst Thomas, FDP.Die Liberalen

VP: von Däniken Benjamin, Die Mitte

Ruf Philippe, SVP

Spezialkommissionen**«Digitalisierung Kantonsrat»**

P: Häner David, FDP.Die Liberalen

VP: Engeler Anna, Grüne

Ammann Markus, SP

Aschberger Richard, SVP

Ginsig Christian, glp

von Däniken Benjamin, Die Mitte

Interparlamentarische Gremien**Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz (IPK)***Von Amtes wegen:*

Präsident (Conti Roberto, SVP)

I. Vizepräsident (Frey Schär Myriam)

Ordentliche Mitglieder:

Gasser Kuno, Die Mitte

von Arx Thomas, SVP

Wyss Hansueli, FDP.Die Liberalen

Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission Polizeischule Hitzkirch (IPK Hitzkirch)

Bartholdi Johanna, FDP.Die Liberalen

Kissling Karin, Die Mitte

Interparlamentarische Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz (IPK FHNW)

Fischer Marlene, Grüne

Nützi Daniel, Die Mitte

Gomm Simon, SP

Ruf Philippe, SVP

Kumpli Michael, FDP.Die Liberalen

Oberrheinrat

Gasser Kuno, Die Mitte